neue kritik

AUS DEM INHALT:

Deutschlandproblem und Selbstbestimmungsrecht (Erven)

Sie sind alle eine Familie - zur vergangenen Tagung der Deutschen Burschenschaft (Waretzky)

Anmerkungen zum Begriff der N E U E N L I N K E N (Schaltenbrand)

Neue Linke, Partei, Staat (v.d.Vring)

Der portugiesische Kolonialismus auf dem Rückzug

Angola (da Silveira)

Goa (Meschkat)

Karl Kraus - Kunst als Verschwörung (Wagenknecht)

Voices of Dissent (Friedrich)

ZUR AUSSENPOLITISCHEN DISKUSSION

Peter Brokmeier

Im Oktober und November des vergangenen Jahres fanden in Bonn "Verbändegespräche" statt, zu denen der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), Dr.Richard Steer, Vertreter aller studentischen Verbände in der Bundesrepublik eingeladen hatte. Die Besprechung sollte die Frage klären, ob, wie und in welcher Form die im VDS organisierte Studentenschaft zu den Ereignissen des 13. August und zu der danach eingetretenen Verschärfung der weltpolitischen Lage Stellung nehmen solle.

An diesem Vorgang ist zweierlei bemerkenswert: einmal steht er in krassem Gegensatz zu der in den meisten Studentenorganisationen grassierenden politischen Apathie, die auch mit bloßen Protest-Resolutionen und -Demonstrationen gegen die Errichtung der "Mauer" nicht durchbrochen werden konnte. Zum anderen stellt er den Versuch dar, wenigstens an einer Stelle innerhalb der Studentenschaft eine realistische Beurteilung der entstandenen Lage zu diskutieren.Wenn Dr.Steer die Studentenvertreter aufforderte, auf alle"Tabus im gesamtdeutschen Bereich"-wie etwa eine de-facto-Anerkennung der DDR oder den Austritt der Bundesrepublik aus der Nato - zu verzichten, so kann dahinter nur eine Konzeption des Deutschlandsproblems stehen, die der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung diametral entgegengesetzt ist. Der VDS-Vorsitzende ging noch einen Schritt weiter und verlangte die Einberufung eines außerordentlichen Studententages, der sich mit der deutschen Frage im Sinne solch einer Konzeption beschäftigen müssen.

nr. 9 (januar 62) 3. jahr

Das Scheitern dieses Planes war vorauszusehen, wenn man sich vor Augen hielt, daß allein die herrschende innenpolitische Situation allenfalls eine Diskussion zuläßt, aber in keinem Fall auch deren praktische Konsequenz. Außerdem ist der VDS durch das Prinzip der formalen Zwangsmitgliedschaft jedes Studenten so geschwächt, daß er auf jede andere größere studentische Organisation oder Institution Rücksicht zu nehmen hat und somit an einem originalen Beitrag zur politischen Willensbildung der Studentenschaft permanent verhindert ist. Auch "Verbändegespräche" können die von uns seit jeher als verfehlt bezeichnete Struktur dieses Verbandes verdeutlichen.

Darüberhinaus liegt die Vermutung nahe, daß es dem Steer-schen Konzept auch deshalb an der nötigen Stoßkraft mangelte, weil es die politisch-gesellschaftliche Realität ist, die sich in den 17 Jahren seit Kriegsende unter bestimmten Bedingungen in Westdeutschland entwickelt hat, zu wenig in die Betrachtung einbezog. Es erscheint deshalb angebracht - bevor wir auf die VDS-Initiative näher eingehen -, eine Antwort auf die Frage zu suchen, was eine außenpolitische Diskussion unter den heutigen Umständen vorfindet und wovon sie auszugehen hat. Es kann sich dabei lediglich um den Versuch handeln, einige Grundlinien in der außenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik aufzuzeigen, die die heutige Situation entscheidend mitgeprägt haben.

V o n d e r K a p i t u l a t i o n z u r W e s t i n t e g r a t i o n

Seit Bestehen der Bundesrepublik sind die ökonomisch und politisch herrschenden Kräfte in diesem Staat darauf angewiesen, den Ost-West-Konflikt am Leben zu erhalten. Wollte der deutsche Kapitalismus die Niederlage von 1945 überleben, so war er gezwungen, die bestehende Spannung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion in dem ihm verbliebenen Restdeutschland nach besten Kräften auszunutzen. Das bedeutete die Aufgabe jeder eigenständigen Außenpolitik und die möglichst rasche und komplette Übernahme der Kreuzzugs-Idee, wie sie damals von der westlichen Führungsmacht, den USA, ausging. Daran und nur daran orientierte sich die Außenpolitik, die sogenannte "Politik der Stärke", der herrschenden Klasse, weil sie einem durchaus realen Bedürfnis entsprang und nicht etwa dem möglicherweise starren Charakter des westdeutschen Regierungschefs. Folgerichtig ergab sich hieraus die vollständige Integration in den Westen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet; das hilfreiche Entgegenkommen der westlichen Besatzungsmächte beschleunigte nur diesen Vorgang. Damit war das System gerettet. Nichts war dem überwiegenden Teil des deutschen Bürgertums verhaßter als eine Neutralitätspolitik, die zumindest noch zu Stalins Lebzeiten zu einem wiedervereinigten bürgerlichen Gesamtdeutschland geführt haben könnte (wie u.a. dessen Deutschland-Note vom März 1952 beweist), - die aber seinerzeit, trotz des Nachholbedarfs der zerstörten Wirtschaft, keine sichere Gewähr für die eigene Wiedergeburt bot. Damals galt es, alle zu Gebote stehenden Vorsichtsmaßregeln in einer Situation zu ergreifen, in der z.B. der sozialdemokratische Gewerkschaftler Fritz Tarnow öffentlich erklären konnte: "Die Gegenwart geht schwanger mit einer neuen Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens ... Es kann kein Zweifel sein, daß die Uhr der freien, privat-kapitalistischen Produktionsordnung abgelaufen ist." (Zitiert nach Theo Pirker, Die blinde Macht, 1. Teil, S. 54)

Ihren Sinn fand die westliche Politik in der Stoßrichtung nach Osten: solange sie sich selbst als ein "roll back" des Kommunismus (womöglich bis hinter den Ural) verstand, solange war auch die westdeutsche Restauration der alten gesellschaftlichen Machtverhältnisse in neuer Form und ihre Festigung im Innern gesichert. Die östliche Stoßrichtung wurde mit dem angeblich kurz bevorstehenden Einbruch der "roten Flut" motiviert; in Wirklichkeit handelte es sich darum, die ohnehin geschwächte Sowjetunion aus den für sie vor allem wirtschaftlich vorteilhaften Positionen zu verdrängen, die sie im Krieg gegen den Angreifer erobert und nach dem Krieg gegenüber dem Besiegten ausgebaut hatte. Die russische Besatzungspolitik "imperialistisch" zu nennen, sagt kaum etwas über ihre Bedingungen und ihren spezifischen Charakter aus, zu dem auch die folgenschwere Tatsache gehört, daß auf den Bajonetten der Roten Armee der Stalinismus als "Errungenschaft des Sozialismus" in die späteren Satellitenländer importiert wurde. Dieser Vorgang bewirkte einen nicht zu unterschätzenden Teil jener Desintegrations- und Lähmungserscheinungen, die dann in der Folgenzeit in der gesamten sozialistischen Bewegung Westeuropas auftraten.

F o l g e n d e r E n t s p a n n u n g

Heute ist in Westdeutschland jene Sicherung der innenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im restaurativen Sinn vollauf gelungen. Sie ist so gut gelungen, daß die bei der Gründung der Bundesrepublik innerhalb der formalen politischen Demokratie eingebauten Elemente der demokratischen Rechtsstaatlichkeit zum größten Teil immer noch wirksam sind und sich deren rigorose Entfernung vorerst, trotz aller vorhandenen autoritären Bestrebungen, erübrigt.

Der ursprüngliche Impuls indessen droht verloren zu gehen. Die Sowjetunion hat den Westen militärisch eingeholt; sie ist in dem heute ausschlaggebenden Bereich der Herstellung von Atomwaffen mindestens gleich stark, und die relativ hohe Anzahl von russischen interkontinentalen Raketen hat den westlichen Stützpunktgürtel rings um die SU praktisch entwertet. Deshalb vermehren und vergrößern sich überall in der westlichen Hemisphäre, vor allem in Amerika und England, die Ansätze zu einer Politik, sich auf eine von der SU schon seit langem propagierte "friedliche Koexistenz" mit dem Ostblock einzurichten.

Im Fall einer Entschärfung des Kalten Kriges können sich im ökonomischen System der hochindustrialisierten westlichen Staaten Widersprüche herausbilden, die bisher verdeckt waren und deren Auswirkungen den Interessen des westdeutschen Kapitalismus zuwiderlaufen. Vom mindestens ebenso großer Bedeutung wären die Rückwirkungen in politischer Hinsicht: eine Verständigung mit dem Osten könnte die politische Atmosphäre in der Bundesrepublik derart verwandeln, daß dann die Frage nach der demokratischen Fundamentierung und dem demokratischen Ausbau der politischen Ordnung mit einem solchen Druck gestellt werden könnte, dem sich die herrschenden Schichten nicht aussetzen dürften, ohne mit weitaus schärferen Methoden als bisher darauf zu reagieren. Solange aber der Kalte Krieg mit seinem sorgsam gepflegten antikommunistischen Sicherheitsventil herrscht, lassen sich alle auf eine strukturelle Veränderung der bestehenden Gesellschaft gerichteten Bemühungen bequem neutralisieren oder gar paralysieren. Es wäre allerdings ein Irrtum, daraus zu folgern, daß diese Wirkung sich unweigerlich in ihr Gegenteil umkehren würde, sobald dem Kalten Krieg mit allen seinen Folgeerscheinungen ein Ende gesetzt wäre. In diesem Kurzschluß äußert sich jenes Wunschdenken bestimmter Westdeutscher

Gruppierungen, das dem lebendigen und widerspruchsvollen geschichtlichen Prozeß einem Automatismus gleichsetzt. In demselben Maße wie die objektiven Voraussetzungen für den Kampf der sozialistischen Bewegung günstiger würden, vergrößert sich zwangsläufig der gegen die Organisation der Arbeitnehmerschaft gerichtete Druck, der je nach den herrschenden Bedingungen und dem Verhalten der die Demokratie verteidigenden Kräfte in eine offene faschistische Diktatur umschlagen könnte. So kann sich die Perspektive einer zweiten faschistischen Phase in Deutschland erst dann ergeben, wenn nach einer erfolgreichen internationalen Entspannung die innenpolitische Entwicklung so sehr in Fluß gerät, daß davon die Verhältnisse selbst berührt werden.

Die Ereignisse der letzten Monate beweisen, daß in der Tat die bestimmenden Kräfte in der westdeutschen Gesellschaft nicht das geringste Interesse an Ost-West-Verhandlungen haben; sie beweisen auch, daß die Bemühungen der Bundesregierung, auch die kleinste Möglichkeit zu einer Verständigung solange wie möglich hinauszuschieben, ein Rückzugsgefecht darstellen. Dabei handelt es sich weder um einen obskuren "bösen Willen" noch um die Lust am "schmutzigen Geschäft" irgendwelcher "Kriegstreiber und Militaristen", sondern um die von der ökonomisch bedingten Klassensituation diktierte politische Notwendigkeit, um den Preis der politischen und wirtschaftlichen Stabilität im Innern die Spannungen zwischen West und Ost ständig auf einer gewissen Höhe zu halten.

Ungeachtet dessen, welche Kräfte sich auf die Dauer auf die westliche Politik bestimmend auswirken werden, ungeachtet der Widerstände, die in der Beschaffenheit des gesamten westlichen Wirtschaftssystem begründet sind, - ist z.B. unter den bestehenden Voraussetzungen eine globale Abrüstung überhaupt möglich oder nicht-, läßt sich doch soviel feststellen, daß alle Aussicht besteht, daß die Bundesregierung zunächst das drohende Dilemma bewältigen würde, falls es tatsächlich zu einem Ende oder einer entscheidenden Modifizierung des Kalten Krieges kommt. Die Entwürfe zu einer Notstands- und Notdienstgesetzgebung als Vorbeugungsmaßnahme im Falle irgendwelcher innenpolitischen Krisenerscheinungen zeigen beispielhaft, die Richtung an, in der die Bundesregierung im Ernstfall zu operieren gedenkt.

D I E V E R S C H L E I E R U N G S F U N K T I O N der P O L I T I K D E R S T Ä R K E

Gleichzeitig mit der Integration in den Westen wurde die Wiedervereinigung Deutschlands zum obersten Ziel der deutschen Politik erklärt; gerade durch eine möglichst hartnäckig verfolgte "Politik der Stärke" werde sie eines Tages wie eine reife Frucht abfallen und, wenn alles gut gehe, die "Befreiung" der Ostgebiete (einschließlich Polens und eventuell weiterer Gebiete) quasi als Nebenprodukt dazu. Ob es sich bei den damals und heute gegebenen weltpolitischen Kräfteverhältnissen hier um eine nackte Illusion oder um eine bewußte Täuschung der Bevölkerung hüben und drüben handelt, mag dahingestellt sein. In jedem Fall grenzt es an Schizphrenie, wenn man von der Politik, die man praktisch verfolgt, genau das Gegenteil hinsichtlich ihrer Wirkung behauptet. Die Schließung der Berliner Sektorengrenze ist in erster Linie als eine Notstandsmaßnahme gegen den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch durch den ständigen Aderlaß an der eigenen Bevölkerung anzusehen, den die Praktiken einer bornierten Bürokratie hervorriefen; unter dem Aspekt einer vernünftigen Deutschlandpolitik aber konnte sie nur deshalb die deutsche Teilung endgültig besiegeln, weil die Regierung des westlichen Teilstaates faktisch alles verhin-

dert hat, was zu einer Wiedervereinigung beigetragen hätte. So ist anstelle der versprochenen "Befreiung" die mehr hinhaltende denn intensive Beteiligung an der unfreiwilligen Suche der Westmächte nach einem Verhandlungskonzept getreten, - unter Bedingungen, die für den Westen insgesamt weitaus schlechter sind als je zuvor.

Der 13. August hat vor allem die Nichtigkeit der Parole von der "Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" durch Westorientierung und Aufrüstung offenbart. Gleichwohl erweist sie sich als nützlich: zwar ist das Wiedervereinigungskonzept mangels Substanz zusammengebrochen, - aber der aufklärende Effekt blieb aus. Die lautstarke Verkündung jener Parole als alleinverläßliches Mittel zur Durchsetzung des obersten Ziels aller deutschen Politik wurde so penetrant und ausdauernd betrieben, daß im Laufe der Zeit jeder Ansatz zu einer realistischen Betrachtungsweise (wie sie z.B. sich noch im Deutschlandsplan der SPD ausdrückte) auch innenpolitisch immer weniger zum Tragen kommen konnte, weil die nicht oder falsch informierten Bürger dieses Staates mehr und mehr des Nachdenkens über die deutsche Frage enthoben wurden. Stattdessen wurde die Politik der Stärke zu einer Zauberformel, die eine fest umrissene Funktion zu erfüllen hatte: sowohl die westöstlichen Kräftekonstellationen und deren Problematik als auch das wahre eigene, d.h. systemimmanente Interesse am Ost-West-Konflikt zu verschleiern. Die Wirkung des Schleiers blieb selbst dann, als er mit dem 13. August in sich zusammenfiel: Gleichgültigkeit, bestenfalls Ratlosigkeit beherrschten weite Teile der westdeutschen Bevölkerung. Gibt es eine günstigere Situation für eine Regierung, deren jahrelang verkündetes Rezept durch die objektive Entwicklung widerlegt wird? Durch keine effektive Opposition im Innern gehindert, kann sie sich Zeit lassen, nach einem passablen Ausweg zu suchen, der allerdings weder in die vergangenen Zeiten des auf Hochtouren laufenden Kalten Krieges zurückführen kann noch in zukünftige umfassende Verhandlungen mit der Sowjetunion hinausführen darf.

Die Verschleierung des besonderen politischen Interesses und dessen Vortäuschung als das allgemeine der gesamten nichtkommunistischen, "freien" Welt durch eine Politik der Stärke sowie die damit einhergehende politische Verdummung hat bis heute ihre Hauptstütze im blinden und militanten Antikommunismus. Auf dessen Verwandtschaft mit dem Antisemitismus kann hier nicht näher eingegangen werden; für unseren Zusammenhang genügt die Feststellung, daß eine der wichtigsten Funktionen des Antikommunismus in der Ablenkung von den äußeren wie von den inneren Machtverhältnissen liegt. Das zum allgewaltigen Popanz aufgeblasene System dient ebenso der Rechtfertigung der eigenen "harten" Haltung in der Außenpolitik wie der großzügigen Gebärde, mit der alle Fragen erledigt werden, die an den Nerv der auf privater Verfügung der Produktionsmittel beruhenden Gesellschaft rühren könnte. Das kann sich zu solch einer Absurdität steigern, wie sie kürzlich der Bundeskanzler in seiner Weihnachtsansprache äußerte: fast überall, wo es auf der Welt brenne, sei es der atheistische Kommunismus, der den Brand schüre (zitiert nach "Stuttgarter Zeitung", 27.12.61)

Entpolitisierte Studentenschaft

Die unter diesen Umständen erzeugte Entpolitisierung, d.h. die wachsende politische Entmündigung der wirtschaftlich Abhängigen, konnte sich im Nachkriegsdeutschland umso besser durchsetzen, als der Gang der deutschen Geschichte in den letzten 40 Jahren, die eine Geschichte der permanenten Niederlage der Arbeiterbewegung war, eine berechtigte Resignation unter den Arbeitnehmern hervorrufen mußte. Nicht zuletzt hat die Entpolitisierung in der modernen Klassengesellschaft auch solche Wurzeln, die in der Konstruktion der

Gesellschaft selbst liegen. Festzuhalten bleibt, daß die Unfähigkeit, die ökonomischen und politischen Zusammenhänge zu durchschauen, auch das Ergebnis einer langdauernden illusionären und verschleiernden Regierungspropaganda ist. Ihre lähmende Wirkung hat sogar den Bereich in der Gesellschaft nicht verschont, der für deren Integrationserscheinungen weniger zugänglich ist: die Hochschule. Wenn der Protest westdeutscher Studenten gegen die "Mauer" sich nur in kurzatmigen, nichtssagenden Demonstrationen auszudrücken vermochte, so handelt es sich hier um eine Widerspiegelung der allgemeinen Hilflosigkeit. Sie und die mit ihr in Wechselwirkung stehende politische Hysterie (wie sie sich etwa während der Schlamm-Auftritte an den Universitäten oder anläßlich des Dieckmann-Besuches in Marburg vor einem Jahr zeigte) bestehen nicht erst seit heute; der Kalte Krieg trägt auch hier schon seit langem seine Früchte. Jede Aktion gegen die Ereignisse des 13. August hätte erst sinnvoll werden können, wenn zugleich mit dem Protest das aufklärende Element verbunden gewesen wäre. Daß davon nirgends etwas zu spüren war, ist nach allem, was in Westdeutschland seit 1945 geschehen ist, nicht verwunderlich.

Auch die eingangs erwähnten Bemühungen des VDS-Vorsitzenden und seines Mitarbeiterstabs konnten über die Hürde der Entpolitisierung nicht hinwegkommen, weil sie isoliert blieben. Dennoch scheint uns der einmal gemachte Ansatz wertvoll genug zu sein, um weiter verfolgt zu werden.

Die Initiative des VDS - ein "nationales Unglück"

Dr. Steer hielt auf dem ersten "Verbändegespräch" am 29.10.61 ein einleitendes Referat. Es war auf einem Angriff gegen die bisherige westdeutsche Außenpolitik aufgebaut: Die "Politik der starken Partnerschaft" und die strikte Ablehnung von Verhandlungen habe die Wiedervereinigung nicht nur nicht herbeigeführt, sondern im Gegenteil zur Vertiefung der Spaltung beigetragen. "Finden wir uns damit ab, daß dieser Politik der Bankrott erklärt wird?" fragte der VDS-Vorsitzende die anwesenden Studentenvertreter und stellte die Forderung auf, daß es nunmehr, da sich gezeigt habe, daß "die Politik in den Händen der Regierung, des Parlaments, der Parteien nicht gut aufgehoben" sei, an der Studentenschaft liege, die bisher fehlende Gesamtkonzeption zu erarbeiten.

Diese habe davon auszugehen, daß das im Grundgesetz niedergelegte Wiedervereinigungsgebot als absolutes Ziel "situationsbedingt" gewesen sei, also auch "abänderlich". Die Überlegung erscheine deshalb angebracht, ob heute die Selbstbestimmung für die Bewohner der Ostzone zunächst nicht erstrebenswerter sei als die unmittelbare Wiedervereinigung durch freie gesamtdeutsche Wahlen, - "weil bereits zwei deutsche Staaten bestehen." Die Einheit, deren Erreichung damit keineswegs aufgegeben sei, sei ein "Geschenk der Freiheit". Es müsse versucht werden, die Selbstbestimmung gegen eine umfassende Überprüfung unserer Politik, die vor allem den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO impliziere, einzuhandeln. Diese Forderung gelte umso mehr, als von den Westmächten bisher nie der ernsthafte Versuch gemacht worden sei, zu erkunden, ob es überhaupt noch eine Gesprächsmöglichkeit mit der Sowjetunion gebe.

Die Studentenschaft müsse deshalb auf einem außerordentlichen Studententag, der noch vor Weihnachten 1961 in die Frankfurter Paulskirche einberufen werden sollte, eine an die Bundesregierung gerichtete Resolution verabschieden. Die Bundesregierung solle darin aufgefordert werden, gemeinsam mit den USA eine Konzeption als Verhandlungsgrundlage mit der Sowjetunion zu entwickeln, die folgende Punkte umfaßt:

a) das Angebot an die Sowjetunion eines stufenweisen militärischen Disengagement als Tauschobjekt gegen eine stufenweise Liberalisierung der Ostzone, wobei der Umfang des Disengagement in Verhandlungen geklärt werden muß und die Neutralisierung beider Teile Deutschlands (mit eigener Wehrmacht) als Maximalfall des Disengagement angesehen wird, während freie Wahlen in der Ostzone die Endstufe der Liberalisierung darstellen;

b) Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der freigewählten Regierung der DDR über eine Konföderation beider deutscher Staaten als Übergangsstatus bis zu einem wiedervereinigten Deutschland (mit dem dann der Friedensvertrag abzuschließen wäre) und über eine Bereinigung des Berlin-Problems, wobei Punkt a) eine Entspannung in Berlin bereits impliziert;

c) scharfe Verurteilung der westlichen Kolonialpolitik, verbunden mit der Aufforderung an die jetzigen Bündnispartner, die von ihnen in Algerien und Angola verfolgten Praktiken radikal zu verändern;

d) bei einem Scheitern der Verhandlungen dienen als "Auffangstellung" des Westens vor allem folgende Punkte: ideologisch-politisch-wirtschaftliche Offensive des Westens mit dem Ziel, die Legitimität der kommunistischen Regimes in Osteuropa in Frage zu stellen; Stärkung der NATO und atomare Bewaffnung der Bundeswehr; Ausbau Westberlins zu einem Hauptstützpunkt der westlichen Front.

Obwohl der letzte dieser vier Punkte auf das in der Politik der Stärke befangene Denken der meisten Anwesenden Rücksicht nahm, war die Überraschung perfekt. Bei manchen Zuhörern mochte sich die Reaktion in einer ähnlichen Richtung bewegen, wie sie einige Wochen später Minister Lemmer hinsichtlich dieser Vorschläge in einem Brief an seinen Informanten, einem Mitglied des Marburger AStA, u.a. mit folgenden Worten umschrieb: "... Ich übertreibe nicht - eine wahre Katastrophe! Ich bitte Sie, mit Ihren Kommilitonen allen nur möglichen Einfluß aufzubieten, um dieses drohende nationale Unglück zu verhindern!"

Eine Rückendeckung gegen den eventuell aufkommenden Verdacht, daß nun auch der VDS-Vorstand "unterwandert" sei, konnte Steer nicht nur in der Tatsache finden, daß er selbst als angehender katholischer Theologe Mitglied der Jungen Union ist, sondern vor allem auch darin, wie er seine Initiative motivierte: die bisher betriebene Politik der Defensive müsse der Westen aufgeben und stattdessen offensiv gegen den Kommunismus vorgehen. Allerdings solle man dies nicht den Generalstäblern überlassen, sondern der Westen müsse endlich seinen eigenen Anspruch, das bessere Lebensprinzip gegenüber dem Osten zurverkörpern, selbst ernstnehmen. Dies sei nicht der Fall, solange die Taten - nicht die Worte - des Westens z.B. in Algerien und Angola den Anspruch der freiheitlichen Lebensordnung immer wieder fragwürdig machten. Um sich als lebensfähig gegenüber dem Osten zu erweisen, genüge es auch nicht, wenn der Westen sich solcher "schwacher Punkte" entledige; ebensosehr komme es etwa in der Bundes-

+) Der folgende Text wurde in einer Sitzungspause von einer Dreier-Kommission, der der VDS-Vorsitzende und die Bundesvorsitzenden des RCDS und SHB angehörten, erarbeitet und enthält alle Ergänzungen, die vom Plenum anschließend vorgenommen wurden. Seine Grundzüge geben nach unserer Meinung ausschließlich die Ansichten wieder, die Dr. Steer in seinem Referat und in der Diskussion dieses ersten Verbändesgespräches vertrat.

republik darauf an, die Demokratie als einen Prozeß zu begreifen und demgemäß die im Grundgesetz formulierten Normen als eine Forderung, die es zu erfüllen gelte.

Aber auch diese Argumentation reichte nicht aus, um alle versammelten Studentenvertreter von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Steersche Initiative realisiert werden müsse. Sie war, wie dessen gesamter Gedankengang, zu progressiv, ähnelte zu sehr anderen Gedanken, die bisher in der Bundesrepublik der antikommunistischen Diffamierung anheimfielen, als daß sie auch von solchen Verbänden wie dem RCDS oder der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung (KDSE) hätte übernommen werden können, ohne daß diesedabei das Gesicht verloren hätten. Denn vornehmlich aus diesen Verbänden rekrutieren sich jene Gruppierungen, die an den Hochschulen die Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung als einzig mögliche Alternative verherrlichen und sich von jeher bemüßigt sahen, jede fundierte Kritik an der Regierungspraxis als "prokommunistisch" zu verdächtigen. Während die christdemokratischen Studenten (trotz der Mitarbeit ihres Vorsitzenden in der Redaktionskommission) sich zum Verlust ihres derart profilierten Gesichts nicht entschließen, andererseits auch nicht zu einem "Nein" sich durchringen konnten, teilte die KDSE dem VDS-Vorstand wenige Tage später schriftlich mit, daß sie sich nicht in der Lage sehe, sein Vorhaben in irgendeiner Form zu unterstützen. Eine Begründung wurde unseres Wissens nicht gegeben. Damit hat der Dachverband der katholischen Verbindungen seine Unfähigkeit zur politischen Diskussion unter Beweis gestellt. Es gehört gewiß nicht zur Mentalität einer konservativen Gruppe, bestehende Verhältnisse in Frage zu stellen; man muß sich aber fragen, wieviel von ihrer demokratischen Legitimation noch übrigbleibt, wenn sie nicht einmal mehr gewillt ist, den status quo mit Argumenten zu verteidigen.

"Aufruf an die deutsche Studentenschaft"

Nachdem die KDSE sich selbst ihr Armutszeugnis ausgestellt hatte, war dem Plan eines Studententages in der Paulskirche die Spitze gebrochen. Der VDS konnte nicht mehr als Sprachrohr der gesamten Studentenschaft auftreten, und Steer sowie sein Stellvertreter nahmen an den beiden folgenden Verbändegesprächen im November nur noch qua Person teil. Die übrigen Verbände waren sich darin einig, daß die gründliche und ausführliche Diskussion über alle mit dem Deutschlandproblem zusammenhängenden Fragen fortgesetzt werden müsse und vielleicht einmal auch zu greifbaren Ergebnissen führen könne. Zu diesem Zweck wird im Februar d.J. ein Seminar in Berlin über das Deutschlandproblem abgehalten werden. Außerdem einigte man sich auf einen gemeinsam verfaßten und unterschriebenen Text, der freilich keine konkrete Aussage zum Problem und erst recht nicht mehr das auf dem ersten Verbändegespräch redigierte 4-Punkte-Programm enthält, sondern aus "Aufruf an die deutsche Studentenschaft" sich darauf beschränkt, letztere davon in Kenntnis zu setzen, daß "Die Verschärfung der weltpolitischen Lage...die politische Verantwortung jedes deutschen Studenten herausfordern muß." Die Studenten werden aufgerufen, "sich mit den Problemen, die uns gemeinsam berühren, auseinanderzusetzen". Damit auch kein Mißverständnis entstehe, werden alle Möglichkeiten zu solch einer Auseinandersetzung der Reihe nach aufgezählt und detaillierte Themenvorschläge gemacht, darunter allerdings auch als "Lösungsmöglichkeit " die "Wiedervereinigung durch Disengagement in Mitteleuropa und allmähliche Herstellung der Freiheit in der Zone." (Der Aufruf ist in den beiliegenden "SDS-Informationen" Nr. 3 abgedruckt.)

Dieser gewiß nicht glorreidhe Überrest des Steerschen Vorschlags gibt trotz der grotesken Situation, die er heraufbeschwört, zu berechtigten Hoffnungen Anlaß. Daß Akademiker aufgefordert werden müssen, über die politische Lage nachzudenken, beweist das Vorhandensein jenes Zustandes, den wir im 1. Abschnitt zu umreißen versucht und "Entpolitisierung" genannt haben. Zugleich deutet der Aufruf auf die Möglichkeiten hin, die sich für eine Veränderung dieses Zustandes anbieten. Wenn solch ein Aufruf von einer solchen Vielzahl von studentischen Vereinigungen unterzeichnet wird, ist auch die Möglichkeit für seine praktische Verwirklichung gegeben. Ist aber erst die Diskussion in Gang gebracht, so kann sich auch das Bewußtsein über die Problematik des gesamten Ost-West-Konfliktes bilden. Dies gilt vor allem dann, wenn die Problematik der äußeren Verhältnisse mit der Kritik an den inneren verknüpft wird, - etwa in der Form, wie sie Dr. Steer angedeutet hat.

N a t i o n a l e M o t i v e ?

Es ist nicht eindeutig festzustellen, was den VDS-Vorsitzenden und seine Mitarbeiter zu ihrer Initiative bewogen hat. Im Bereich des Möglichen liegt die Erklärung, daß eine redliche Sorge um die zukünftige Entwicklung der westdeutschen Außenpolitik -- eventuell aus nationalen Motiven wie bei verschiedenen Korporationen - mit dem Zwang sich vereinigte, unter dem ein Studentenfunktionär auf seinen Reisen in neutrale Staaten, besonders Afrikas und Asiens, ständig zu leiden hat: es ist für jeden offiziellen Vertreter der westdeutschen Studentenschaft schwer, mit den studentischen Repräsentanten dieser Länder in ein Gespräch zu kommen, wenn ihm nichts anderes übrig bleibt, als auf die sterile Politik seiner eigenen Regierung hinzuweisen. Wird er dann gefragt, ob und was die westdeutsche Studentenschaft z.B. zum Algerienkrieg sagt, so kann er bestenfalls sein Bedauern darüber ausdrücken, daß die Studentenschaft eben nichts sagt. Umso leichter wird es dann den ostdeutschen Repräsentanten, alle Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Diese mißliche Lage mochte Dr. Steer veranlaßt haben, eine Resolution von einem Studententag zu fordern, die den militanten Kolonialismus verurteilt. Da ihm der Zusammenhang zwischen dem Vorgehen seines NATO-Partners in seinem ehemaligen Kolonialgebiet und der deutschen Forderung nach Selbstbestimmung nicht entging, mußte er die gesamte deutsche Außenpolitik in Frage stellen. Als schließlich die Ereignisse des 13. August und die Reaktion der Bundesregierung darauf den Zusammenbruch ihrer Wiedervereinigungspolitik offenkundig machten, mochte sich Steer der Illusion hingegeben haben, daß es nunmehr an der Zeit und möglich sei, eine Revision der Regierungspolitik öffentlich zu verlangen.

U n s e r e A u f g a b e

Ob Steer sich im voraus über das Ergebnis im klaren war oder nicht, ist letzten Endes nebensächlich. Das politische Klima in der Bundesrepublik und ihren Hochschulen ist so beschaffen, daß jeder Versuch, die Schranken des unter die Alternative "freiheitlich-totalitär" subsumierten Klischeedenkens zu überspringen - sei ihm kein oder nur ein geringer Erfolg beschieden -, zu begrüßen ist und von uns überall, wo er gemacht wird, wirkungsvoll unterstützt werden muß. Auch die Frage, ob solch ein Ansatz wie der von Steer propagierte seinem Inhalt nach politisch jemals relevant werden könne, kann von uns unter den heutigen Umständen immer nur an zweiter Stelle beantwortet werden. Die politische Tragweite eines Gedankens, der das Bestehende an irgendeiner Stelle verändern will, kann erst gemessen werden, nachdem sich seine Standfestigkeit subjektiv erwiesen hat.

Aber die Verbreitung solcher Gedanken hängt nicht nur von ihrer Qualität ab, - mag diese noch so beachtlich sein. Die Qualität der Intentionen Dr. Steers ist nicht deshalb unbestritten, weil sie sich zu einem großen Teil mit den außenpolitischen Vorstellungen unseres Verbandes decken und denen bestimmter christlicher Gruppen nicht unähnlich sind, sondern weil sie einen vernünftigen Weg zeigen wollen, wie man von der Sache her und nicht unter dem Diktat einer Ideologie zu einer Lösung bestimmter Probleme kommen kann, von der u.U. der Weltfrieden abhängt. In ihnen lebt etwas von dem, was Leszek Kolakowski als die für die Linke charakteristische "Haltung des permanenten Revisinomismus gegenüber der Wirklichkeit" bezeichnet hat ("Der Mensch ohne Alternative",S.154)

Wenn der VDS-Vorstand einen Fehler beging, so lag er in der Nichtbeachtung dessen, daß Prozesse der Bewußtseinsbildung sich nicht quasi auf Befehl von oben ereignen. Abgesehen davon, daß sie sich vom Zustand des Bewußtseins in der gesamten Gesellschaft auf die Dauer nicht loslösen können, setzen sie meist eine intensive Aufklärungsarbeit voraus. Es mag Situationen geben, in denen von der geschichtlichen Entwicklung selbst diese Arbeit geleistet wird, - sie bleiben Ausnahmefälle. Kaum ein anderer politischer Studentenverband ist dazu besser in der Lage, auf der Basis einer gründlichen, theoretischen Erarbeitung und Analysie der anstehenden Probleme in der Studentenschaft aufklärend wirksam zu werden, als der SDS. Für uns kommt es darauf an, ein Phänomen wie die Entpolitisierung nicht nur zu konstatieren, ihre Wurzeln aufzuzeigen und abstrakt nach Möglichkeiten ihrer Überwindung zu suchen, sondern zugleich durch unsere eigene Aktivität - an der Stelle, wo wir stehen und soweit es in unseren Kräften liegt - bei der Schaffung solcher Bedingungen mitzuwirken, unter denen sie absterben muß. Im Zusammenhang mit der derzeitigen außenpolitischen Lage bietet sich mit dem "Aufruf an die deutsche Studentenschaft" für uns eine günstige Gelegenheit, die politische Diskussion an den Universitäten und Hochschulen auch von dieser Seite her in Bewegung zu setzen und in ihrem Verlauf den so notwendigen Beitrag zur politischen Bewußtseinsbildung der Studenten zu leisten.

D E U T S C H L A N D P R O B L E M
U N D S E L B S T B E S T I M M U N G S R E C H T

Mit freundlicher Genehmigung des jugoslawischen Journalistenverbandes entnehmen wir der von dem Verband herausgegebenen Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK folgenden kritischen Beitrag zu der in der Bundesrepublik lautstark geforderten SELBSTBESTIMMUNG FÜR ALLE DEUTSCHEN. Im kommenden Heft der neuen kritik werden wir uns erneut eingehend mit der Problematik der Deutschlandfrage beschäftigen.

Unter den Argumenten, die für die These der Wiedervereinigung Deutschlands im Wege von Wahlen angeführt werden, wird, besonders in Westdeutschland, das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung betont. Das Selbstbestimmungsrecht wird heute, so heißt es in dieser Kampagne, als eine der elementarsten Grundlagen der Völkergemeinschaft betrachtet. Es wird allen Völkern zuerkannt und heutzutage im breitesten Rahmen verwirklicht, auch in Kolonialterritorien. Auch das deutsche Volk dürfe keine Ausnahme bilden. Alle jene, die sich für den endgültigen Sieg des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung einsetzen und sich seiner Anwendung in Deutschland entgegenstellen, verwickeln sich selbst in einen Widerspruch, der für ihre politische Inkonsequenz bezeichnend ist.

Selbstverständlich soll das Recht auf Selbstbestimmung allen Völkern, auch dem deutschen Volk, zugestanden werden, obwohl die Geschichte Deutschlands weder in der ferneren noch in der jüngsten Vergangenheit allzuviele Beispiele dafür aufweist, daß es zu Zeiten seiner Macht und Gewalt dieses Recht anderen Völkern zuerkannt hätte. Um jedoch dieses Recht praktisch anwenden zu können, müssen vorerst gewisse objektive Bedingungen erfüllt werden, die einen Mißbrauch dieses Rechts unmöglich machen.

Im Deutschlandproblem ist ein Wirrwarr von Begriffen entstanden, innerhalb dessen nicht mehr unterscheidbar ist, was wessen Recht oder Pflicht, was Ursache oder Folge ist, Diese Verwirrung der Begriffe entstand unter der Einwirkung jener besonderen Umstände, die sich bei diesem Problem vorfanden und unter denen es auch heute noch betrachtet wird. In Westdeutschland zeichnet sich mit zunehmender Deutlichkeit die Tendenz ab, vollständig vergessen zu wollen, wieso und weshalb es überhaupt zu einem Deutschlandproblem gekommen ist. Dies ist zu einem Großteil auch das Verdienst der Großmächte selbst, da diese die Deutschen in dem Bestreben, sie für ihre Politik zu nutzen, schon zu ihren Verbündeten machten, ehe sie einen Frieden mit ihnen abgeschlossen hatten, ehe sie ihre Auffassungen über die Deutschlandfrage auf einen gemeinsamen Nenner gebracht und ehe sie ihre internationalen Interessen klar abgegrenzt hatten. Das rächt sich heute, denn das Deutschlandproblem übt einen Druck aus, es kompliziert und verschärft, einem Phantom der Rache gleich, die Beziehungen zwischen den Großmächten, die gegen Deutschland gekämpft haben. Durch entsprechende Gestaltung ihrer Politik Deutschland gegenüber innerhalb des Komplexes der Blockgegensätze und des verwirrten Knotens der ost-westlichen Streitfragen und der bestehenden Uneinigkeit trugen die Verbündeten Westdeutschlands in hohem Maße dazu bei, dass innerhalb der Atmosphäre von Erhards "Wirtschaftswunder" und der westdeutschen Zugehörigkeit zum Atlantikpakt verschiedene staatsrechtliche und internationale Prätentionen erstarkten und man schließlich - zuerst langsam, dann in zusehends rascherem Tempo - zu vergessen begann, wie es zum Krieg gekommen war, was sich in diesem Krieg ereignet und wie sein Ende ausgesehen hat. Wie weit dies Ver-

geßlichkeit fortgeschritten ist, davon zeugt ein Ereignis der allerjüngsten Vergangenheit, der Fall des jugoslawischen Staatsbürgers Vracarić, jener wohl einzig dastehende, jedoch in seiner Art so charakteristische und beredte Vorfall, der die hartnäckig sich behauptenden Reste einer Mentalität illustriert, unter der ganz Europa gelitten hat.

In Westdeutschland scheint sich die Überzeugung zu festigen, das Deutschlandproblem stelle ausschließlich das Problem der Wiedervereinigung dar und die vordringlichste Aufgabe auf dem gesamten Plan der Weltpolitik sei heute die, alle Deutschen in ein Deutschland zu vereinigen, das - so manchen Anzeichen nach zu schließen - leicht wieder in unser altes, wohlbekanntes Deutschland der Vergangenheit ausarten könnte. Diese Wiedervereinigung wird - sonst würde man sie ja nicht wünschen - mit Rücksicht auf das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten als ein Prozeß der Einverleibung Ostdeutschlands in Westdeutschland betrachtet.

Das Deutschlandproblem ist jedoch nicht nur ein Problem des deutschen Volkes, noch ausschließlich das Problem der Wiedervereinigung, sondern das Problem des Friedens in Europa, das Problem, der Sicherheit aller anderen Völker, die Deutschland zum Nachbar haben. Diese Nachbarschaft ist, wie wir wissen, keinesfalls immer eine verläßliche gewesen. Daher ist auch die Einbeziehung des Problems der europäischen Sicherheit in das Deutschlandproblem nicht nur ein Bestandteil der Liquidierung des Krieges, sondern auch eine Maßnahme kluger Vorsicht. Und ein Friedensvertrag wird, wenn unterschrieben, nicht nur für eine Generation und mit nur einer Generation abgeschlossen, sondern für die Zukunft (dies ist zumindest Voraussetzung). Darum ist es bei der Lösung des Deutschlandproblems unbedingt notwendig, zu Maßnahmen zu greifen, die nach Möglichkeit eine neuerliche Machtübernahme in Deutschland seitens abenteuerlicher Kräfte ausschließen.

Noch wichtiger jedoch als das Problem des Friedensabschlusses, der ja de facto, wenn auch auf tönernen Füßen, schon besteht, ist vielleicht die Frage der endgültigen Sicherung dieses Friedens. Es ist nicht üblich und hat sich in der Geschichte noch nicht ereignet, daß das besiegte Land auf Grund des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung über eine solche Frage aus eigener Macht entscheidet. Die Berufung auf das Prinzip der Selbstbestimmung entbehrt hier jeder Berechtigung, jeder Logik. Hier handelt es sich um die Frage, die von jenen Ländern zu lösen sind, gegen die Deutschland Krieg geführt hat und deren Frieden und Sicherheit es bedroht hat.

Das Deutschlandproblem und ebenso das Problem der Sicherheit Europas erscheint durch die Uneinigkeit erschwert, die zwischen den Großmächten Platz gegriffen hat. Die Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten an sich würde kein Hindernis für die Lösung der Deutschlandfrage darstellen, handelte es sich nicht bei diesen beiden deutschen Staaten gleichzeitig um zwei politisch und gesellschaftlich gegensätzliche Staatsgebilde, die auf internationaler Ebene in eine gegensätzliche Politik und den Zusammenprall zweier Großmächte verflochten sind, von denen de jure und de facto die Liquidation der Deutschlandfrage abhängt. Im Westen wurde diese Frage lange Zeit unterschätzt, was sowohl dem Weltfrieden wie auch der allgemeinen deutschen Sache überaus abträglich war. Der Bestand zweier deutscher Staaten im Blocksystem der internationalen Beziehungen und des Kräftegleichgewichts bietet jedoch keinerlei Voraussetzung dafür, daß eine Lösung des Deutschlandproblems durch Vereinigung beider Teile in einen einzigen Staat möglich wäre, da eine solche Vereinigung, die automatisch die Ausbreitung des einen oder anderen Systems auf das gesamte Gebiet nach sich zöge, einen Stellungsverlust und eine Störung des Gleichgewichts zum Schaden der anderen Seite bedeuten würde, worauf natürlich weder die eine noch die andere Seite einzugehen bereit ist.

In der gegnwärtigen Phase des Deutschlandproblems ist das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung unanwendbar, solange die Frage des internationalen Status der deutschen Territorien selbst ungelöst bleibt. Über diesen Status streiten sich die Großmächte, die Deutschland besiegt haben. Das deutsche Volk kann in diesem Streit nicht als Schiedsrichter auftreten. Die eine Seite lehnt die einheitliche Wahlbefragung des deutschen Volkes auf dem gesamten deutschen Territorium nach einheitlicher Prozedur ab, weil ein solcher Vorgang einer verschleierten Annexion des kleineren seitens des größeren Staates gleichkäme. Die andere Seite lehnt wiederum jede Kombination von Wahlen in den bestehenden Rahmen ab, weil ein solcher Vorgang die Anerkennung des Bestandes zweier deutscher Staaten in sich schlösse.

Jede Befragung des deutschen Volkes nach einem einheitlichen Wahlvorgang auf dem gesamten Territorium schließt die Negierung des Bestehens zweier deutscher Staaten in sich, was dem faktischen Stand der Dinge und auch dem Willen einer der beiden interessierten Großmächte, ohne deren Zustimmung Wahlen nicht durchgeführt werden können, nicht entspricht. Es ist daher, ehe überhaupt von einer wie immer gearteten Wahlbefragung des deutschen Volkes bei der künftigen Form seiner Volksgemeinschaft und Ordnung die Rede sein kann, notwendigerweise (und auch logischerweise) im Wege der Verständigung aller interessierten Seiten zunächst der internationale Status Deutschlands festzulegen. Eine solche Übereinkunft ist nur dann möglich, wenn in beliebiger Version das Bestehen zweier deutscher Staaten anerkannt wird. Sodann soll es der Zeit und dem Volk dieser beiden Staaten überlassen bleiben, neue Grundlagen und Formen für die Einheit aufzufinden und die Art ihres Gemeinschaftswesens zu wählen. Denn wenn das Selbstbestimmungsrecht als Recht der Stimmenmehrheit aufgefaßt wird, wie das nach der westlichen These der Fall ist, dann besteht unter den gegebenen Umständen keinerlei Aussicht, daß ein solches Recht zugestanden wird. Und mit Gewalt aufzuzwingen läßt es sich offensichtlich auch nicht.

Die richtige Erfassung des Problems in allseiner Tatsächlichkeit kann keinesfalls als Zeichen irgendwelcher Inkonsequenz angesehen werden, es sei denn, man würde unter Konsequenz das hartnäckige Ignorieren augenscheinlicher und entscheidender Tatsachen verstehen.

L. Erven

S I E S I N D A L L E E I N E F A M I L I E

Alljährlich hält die DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT Anfang Januar in Westberlin ihre sogenannte gesamtdeutsche Tagung ab. Sich darüber aufzuhalten lohnt nicht mehr. Mit der Restauration jener Gesellschaft, die Hitler und damit auch Auschwitz und Treblinka produzierte, ist auch die Institution der Korporationen wieder vollständige installiert worden, und diese wird erst dann verschwinden, wenn diese ganze Gesellschaft selbst einer neuen Platz machen muß. Interessant ist jedoch, wie, von wem und in welcher Weise die segensreiche Tätigkeit der Burschenschaften gewürdigt wurde.

Bei der Abschlußkundgebung in der Kongreßhalle, an der neben den Burschenschaftern auch zur gleichen Zeit in Westberlin tagende Bundesbrüder des Coburger Convents (CC), der Landsmannschaften und Turnerschaften sowie der Deutschen Sängerschaften teilnahmen, wurden provokativ alle drei Strophen des "Deutschlandliedes" abgesungen. Grußworte sprach Magnifizenz, Professor Köbel, Rektor der Technischen Universität, der sich nicht genierte in den Couleurs seiner CC-Verbindung zu figurieren, obwohl noch heute im Bereich beider Westberliner Universitäten das Farbenverbot gilt; Köbel dankte gerührt den Korpo-

rationen dafür, daß sie nunmehr wichtige Aufgaben der Universität, insbesondere auf dem Gebiet der politischen Bildung, bereit wären zu übernehmen... Demokratisches Bewußtsein und Mut zu protestieren hatten weder Politiker noch Presseorgane, sondern nur der AStA der Freien Universität, der sich scharf gegen die hier erwähnten Vorgänge wandte und den Korporationen unveränderte "traditionsbefangene, politische Urteilslosigkeit" attestierte.

Prominente Politiker der Bonner Koalitionsparteien, darunter 2 Bundesminister und 2 Landesminister, sprachen vor der gelangweilt zuhörenden Schmiß-Elite. "Es war... alles um eine Spur zu glatt, zu schnell beendet", schrieb eine Westberliner Zeitung; und eine andere berichtete von dem Applaus, "der eine gewisse Einseitigkeit des Denkens und Fühlens erkennen ließ."

Der einst sehr nachdenkliche, inzwischen aber zu ministerialer Anpassungsfähigkeit gelangte Minister für gesamtdeutsche Fragen pries die Korporierten als ein Element, auf das man vertrauen könne, wenn es darum gehe, daß die junge Generation in Deutschland sich niemals mit dem Zustand der Teilung abfinden werde. Es entging dabei dem Bierernst solcher amtsbeschwerten gesamtdeutschen Phraseologie, daß die restaurierte Herrlichkeit der Schlagenden und ihr provozierendes Auftrumpfen an diesem Ort der deutschen Gegenwart eben n i c h t der Aufhebung der Mauer, sondern ihrer Festigung und Bestätigung dient. Nach Lemmer tat sich der unvermeidlich gewordene Herr Mende mit einer flammenden Aushalterrede hervor, über die sichkein Wort zu verlieren lohnt. Hervorzuheben wäre nur, daß kurz darauf die Landesversammlung des Liberalen Studentenbundes in Hamburg die Nachricht, daß der zur Zeit den deutschen Liberalismus repräsentierende Herr stramm die 3 Deutschlandlied-Strophen mitgeschmettert hatte, mit großer Empörung kommentierte.

Wo christ- und freidemokratische Freiheitsretter phrasieren, da sind heutzutage auch sozialdemokratische Gesangsbrüder nicht fern. Neben einem ehemaligen prominenten Funktionär unseres Verbandes,der einst sehr gut über Korporationen Bescheid wußte und dessen Namen wir aus Schamgefühl verschweigen wollen, erschien als feulletonisierender Troubadour Professor Carlo Schmid. Zweieinhalb Stunden lang ließ er es sich nicht verdrießen, um die schönen Seelen narbenverzierter germanischer Jünglinge glühend zu werben, die gewiß noch in fernen Kneip-Stunden davon zu rühmen wissen werden. Hier endlich war er, nach so vielen unfruchtbaren Zwistigkeiten mit linken Radikalen und Marxisten, im wahren Arkadien abendländischer Kultur angelangt. Mit neuem Glanz und frischen Elan hielt er seine bewährte große demokratische Verantwortungsrede und forderte alle anwesenden "Gebildeten" dazu auf, doch bittschön den staatlichen Willen der Nation freundlicherweise mitzugestalten. "Aus seinem erstaunlichen Bildungssilo zitierte er in seinen kunstvoll komponierten Betrachtungen eine lange Reihe von erlauchten Geistern..", schrieb eine Westberliner Zeitung dazu. Man darf annehmen, daß die anwesenden Alten Herren schmunzelnd zuhörten und sich dabei eines doppelten guten Gefühls von Herzen erfreuten: haben sie doch schon seit langem auf ihre Weise längst und bestens für solche "Mitgestaltung" gesorgt; und jetzt sahen sie sich endlich und zuguterletzt auch noch von der einst bitterbösen grollenden Opposition in ihrer segensreichen Tätigkeit gewürdigt ...

Wenn der erwähnte ehemalige und inzwischen parlamentarisch arrivierte ehemalige SDS-Spitzenfunktionär in seinem Referat zur Frage der Hochschulreform, das er vor dem akademischen Racket hielt, sich heftig über die zunehmende Manipulation des Hochschullebens durch gesellschaftlich-wirtschaftliche Sonderinteressen wandte, so weiß man nicht, soll man sich über die Naivität dieses Mannes wundern oder soll man auch ihm jenen "Bonnder Zynismus" unterstellen, der mit a l l e n Mitteln Parteiinteressen auf dem Wahlstimmenmarkt zu vertreten sucht. In Berlin ging es nicht mehr um die Frage einer demokratischen Einwirkung auf das Bewußtsein und die Struktur von Verbindungen, deren Ge-

sinnung das Singen der drei Strophen des Deutschlandliedes hinreichend zum Ausdruck bringt. Die schmückenden Festreden wurden vielmehr zu einer ausdrücklichen Bestätigung eben dieser Praxis.

Im Jahre 1954 hatte auch in Berlin ein Parteitag der SPD die Mitgliedschaft dieser Partei mit der Zugehörigkeit zu schlagenden Verbindungen für unvereinbar erklärt. Noch vor einem Jahr hatte man in Bonn zaghaft gegen die Förderung der Korporationen aus Mitteln des Bundesjugendplanes plädiert. Heute hat sich die deutsche Sozialdemokratie, ohne den Parteitagsbeschluß von 1954 aufzuheben, offiziell mit den Schlagenden versöhnt, während diese andererseits ihren Charakter bis heute nicht wesentlich verändert haben.

Wieder wurde ein "alter Zopf" abgeschnitten. Aber wissen die Beteiligten, daß sie nicht nur ihre frühere politische Praxis verraten, sondern auch den Kampf um die Demokratie aufgegeben haben, die nach 1945 Sozialisten und Demokraten in Deutschland zu errichten suchten?

Johannes Waretzky

Einige Anmerkungen zum Begriff der NEUEN LINKEN

Im Zusammenhang mit der endgültigen Trennung der SPD vom SDS, die gleichzeitig so etwas wie ein bekräftigter Abschied dieser Partei nicht nur von innerparteilicher Demokratie, sondern auch vom Sozialismus war, tauchte plötzlich der Begriff der NEUEN LINKEN auf. Als der alte und der neue Bundesvorsitzender auf der letzten Delegiertenkonferenz des SDS unseren Verband der NEUEN LINKEN zurechneten, trugen sie einer Entwicklung Rechnung, die spätestens mit der Gründung der "neuen kritik" eingesetzt hatte. Wie in der Sondernummer dieser Zeitschrift vom Oktober 1961 nachzulesen ist, wurden durchaus auch gewisse inhaltliche Bestimmungen des Begriffes NEUE LINKE geliefert. Dies änderte freilich nichts daran, daß kurze Zeit darauf ein diffamierend gewendeter und entstellend erklärter "Begriff der NEUEN LINKEN" auf den SDS und seine neu gegründete Förderergesellschaft zurückkam, um jene "grundsätzliche Entscheidung" motivieren zu helfen, die mittlerweile mehr Staub aufgewirbelt hat, als der SPD lieb sein kann.

Jene Richtung sozialistischer Praxis, die der Begriff NEUE LINKE meint, entwickelte sich in der Bundesrepublik später als in anderen westlichen Ländern. Die Wurzeln dieser "Verspätung" lassen sich unschwer in der allgemeinen Entwicklung der Bundesrepublik, wie eben auch in der spezifischen der westdeutschen Arbeiterbewegung finden. Versucht man das Gemeinsame all jener Kräfte zu nennen, die sich heute in vielen Ländern der NEUEN LINKEN zurechnen, ließe sich folgendes sagen:

Innerhalb und außerhalb der klassischen Arbeiterorganisationen begannen sich, meist in den fünfziger Jahren, Gruppen zu strukturieren, in denen theoretische Diskussionen um den Sozialismus sich mit sehr konkreten sozialistischen Forderungen und Aktionen verbanden. Diese Gruppen bildeten sich vor allem aus Studenten, Intellektuellen, Jugendfunktionären der Gewerkschaften und Parteien.

Die Entstehung der NEUEN LINKEN wurde ausgelöst durch eine Reihe von Faktoren, die in den einzelnen westlichen Ländern mehr oder weniger ausgeprägt wirksam sind. Der Niederwerfung des Faschismus folgte das erneute und verstärkte Ausbrechen des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Kommunismus, der in der Form des "Ost-West-Gegensatzes" oder auch des "Kalten Krieges" die Entwicklung nach dem 2. Weltkriege entscheidend beeinflußte. Die in den entwickelten Ländern des Westens sich vollziehende "Internationalisierung" des Kapitalismus, der in den einzelnen Ländern angesichts eines bedrohlich gewachsenen Ostblocks nur bestehen konnte, wenn er nationale Interessen bis zu einem gewissen Grade einer Art kapitalistischer Solidarität unterordnete, geschah teils gegen eine noch schwach aufbegehrende Arbeiterbewegung, teils schon mit ihrem Einverständnis. Die"soziale Welle", die die Wiederherstellung kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen begleitete, verstärkte erfolgreich die bereits bestehende Entfremdung zwischen der ausgehungerten, kriegsmüden und resignierenden Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung. Die Dichotomie im Bewußtsein der Arbeiter, die Widerspiegelung der tatsächlichen Spaltung der Gesellschaft, schlug sich nicht mehr in Politisierung nieder, sondern begleitete - gewissermaßen anachronistisch - eine schlechte Integration. Vor dem ständigen Ansturm der Wahlniederlagen zerbröckelte zusehends das sozialistische Bewußtsein innerhalb der klassischen Arbeiterbewegung. Es machte jener Form des Pragmatismus Platz, die bereits der Übernahme der obigem Prozeß der "Internationalisierung" entsprechenden offiziösen Pluralismustheorie gleichkam. Unter dem Banner des "Pluralismus" verstärkten sich in den entwickelten westlichen Ländern im wachsenden Sog des Ost-West-Gegensatzes mehr oder minder rasch und deutlich jene Tendenzen, die man heute allgemein als autoritär und korporativ zu bezeichnen pflegt. Ihr äußerer Aus-

druck sind die anhaltenden Erfolge "konservativer" Parteien bzw. die Konservativierung der regierenden Sozialdemokratien, die derjenigen der nichtregierenden, zumal in der Praxis, vorauseilte. Diesem Trend entsprachen die alten und neuen Formen des Kolonialismus, deren Rückwirkung ihrerseits teilweise erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der in sie unmittelbar verstrickten Länder ausübten. Dieser "westlichen" Entwicklung entsprach, in enger Wechselbeziehung, die "östliche", bei der sich der sog. sozialistische Aufbau unter Formen vollzog, die der Begriff "stalinistischer Entartungen" nur unzureichend und auch nur personalisierend andeuten kann. Die sich verschärfende Auseinandersetzung zwischen beiden Weltsystemen, in der Form der kleinen heißen und des großen kalten Krieges, das stets bedrohlicher werdende konventionelle und atomare Wettrüsten produzierte die NEUE LINKE gewissermaßen als gegenläufige Tendenz, die wesentlich darauf gerichtet war, eine praktikable sozialistische Alternative zum Status Quo zu entwickeln.

Die in der NEUEN LINKEN sich erneuernde Auseinandersetzung mit der bestehenden Gesellschaft, der Rekurs auf die klassische sozialistische Theorie, entsprangen - derart ausgelöst - keineswegs unbelehrbarem Dogmatismus, sondern waren entschiedene Kampfansage gegen ihn. Das Mißtrauen gegen scheinbar pragmatische Interpretationen der Theorie, die gerade gut genug war, jegliche Form der Praxis zu rechtfertigen und der Kritik zu entziehen, speiste sich immerhin aus mehr als einem halben Jahrhundert historischer Erfahrung mit der Arbeiterbewegung. Deren theoretische und praktische Stagnation angesichts von Situationen, die sich in zunehmendem Maße auch durch diese Stagnation erklärten, forderte geradezu die Konfrontation der Arbeiterbewegung mit ihrem Begriff, Maß man die Erfolge und Mißerfolge der klassischen Arbeiterbewegung an ihren noch bestehenden und aufgegebenen Zielen, diesen Komplex wiederum an Anspruch der Theorie, so war in der Tat die Bilanz so kläglich, daß Resignation nahe lag. Weder den ersten Weltkrieg, noch den zweiten, weder den Faschismus noch die kommunistischen Entartungen hatte die Arbeiterbewegung verhindern können. Sie hatte weder die Liquidierung des Kolonialismus erreicht, noch dauerhafte Strukturveränderungen in der westlichen Welt durchsetzen können. Ihre einzigen konkreten Erfolge waren die Lage der Arbeiter erhebliche verbessernde soziale Reformen im Rahmen des Bestehenden und eben dadurch stets von neuem in Frage gestellt. Fragwürdig wurden diese Erfolge obendrein auch deshalb, weil sie nicht nur durch zunehmende Integration, vermittelt waren, sondern auch durch den offiziell noch erbittert bekämpften Kolonialismus und die in ihm sich vollziehende verschärfte Ausbeutung der Kolonien.

Dem gegenüber war der NEUEN LINKEN die reale Utopie, die sozialistische Gesellschaft, angesichts des Bestehenden zu wichtig, als daß sie hätte aufgeben können. Die Emanzipation der NEUEN LINKEN von der traditionellen Arbeiterbewegung bedeutete freilich alles anderen, als den scheinbar radikalen Bruch mit ihr. Genau da unterschied sie sich von all den vielen Absplitterungen, in denen das "sozialdemokratische" Verhältnis zu Theorie und Praxis sich im Grund fortzeugte. Dort, wo am lautesten über die "verräterische Sozialdemokratie", die "Apparate", hergezogen wurde, zeigte sich noch allemal die Ähnlichkeit, der feindlichen Brüder am deutlichsten. Um der reinen und wahren Theorie zu ihrem Rechte zu verhelfen, war immer wieder versucht worden, den alten Organisationen die "wahre" entgegenzusetzen. Und mit fataler Gesetzmäßigkeit erzwang immer wieder die Schwäche der neuen Organisation eben jene Diskrepanz von Theorie und Praxis, die man vormals an den alten Organisationen kritisierte.

Das Verhältnis der NEUEN LINKEN zur Organisationsfrage wurde so ein deutliches Unterscheidungsmerkmal. Während in der traditionellen Arbeiterbewegung diese Frage längst entschieden war, ist für die NEUE LINKE weder diese, noch jede andere Frage sozialistischer Theorie und Praxis vorab beantwortet und tabuiert. Schon aus Gründen ihrer Struktur kann dann auch hier ihre Antwort keinesfalls allgemein und abstrakt lauten: "Her mit der neuen Partei, Gewerkschaft etc." Sie lautet, je nach den spezifischen Bedingungen, in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Dies erklärt sich, wenn man sich vor Augen hält, daß die NEUE LINKE unabhängig von bestehenden organisatorischen Grenzen entsteht. Unabhängig von fester Organisierung entwickelt sie sich als Tendenz quer durch die bestehenden Organisationenhindurch. Sie ist deshalb für die traditionellen Apparate ebenso schwer greifbar wie begreifbar. Sie paßt nicht in die alten Schemata, wo längst der Streit über die Vorherrschaft der einen Organisation über die andere und der "Kampf um die Macht" die inhaltliche Auseinandersetzung um die eigentlichen Ziele der Arbeiterbewegung und deren Durchsetzung abgelöst hatten. In einem Lande verdichtet sich die Tendenz NEUE LINKE zur eigenen Partei (man denke an die PSU in Frankreich), beschränkt sich aber keinesfalls auf sie, anderswo arbeitet die NEUE LINKE halborganisiert (z.B. New-left-Clubs in England) im Rahmen der bestehenden Organisationen und ist dabei als offene und anerkannte Fraktion mit jenem Minimum an Rechten ausgestattet, das innerparteiliche Demokratie ausmacht. In Deutschland nunmehr aus einer autoritär und fadenscheinig verfahrenden Sozialdemokratie "ausgeschlossen" (SDS und Förderergesellschaft hielt man für d i e NEUE LINKE) fährt sie fort, in den Organisationen der Arbeiterbewegung, ja selbst noch in der SPD wirksam zu sein, wenngleich unter wesentlich verschärften Bedingungen.

Verallgemeinernd kann man sagen, daß es der NEUEN LINKEN einerseits um die Wiederbelebung einer kritischen Theorie der Gesellschaft geht, andererseits um Formen der Praxis, die den realen Fronten innerhalb der Gesellschaft Ausdruck verleihen, statt sie zu verschleiern. Ausgangspunkt des Versuches - und um mehr dürfte es sich dabei augenblicklich kaum handeln - ist dabei die je spezifische gesellschaftliche Situation eines Landes. Die Formen der Argumentation, die Art des politischen Handelns, stehen in enger Wechselbeziehung zumal mit mehr oder weniger verschlissenen traditionellen Strukturen der Arbeiterbewegung, ohne sich auf deren Aktionsradius zu beschränken. Als Beispiele sollen hierfür noch einmal Frankreich und England zitiert werden.

In Frankreich wurde die erneute theoretische Selbstverständigung der NEUEN LINKEN konkret in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Volksfronttaktik, die heute die Wiederherstellung der bürgerlichen 4. Republik durch das Zusammengehen aller "anständigen und friedliebenden Menschen" unter der Führung der KP beinhaltet. Die Erfolglosigkeit dieser Politik kann niemanden wundern, der das seltsame Verhalten der KPF zumindest angesichts des Algerienproblems kennt. Die dahinter stehende, einzig durch Moskaus Interessen bestimmte Fernsteuerung als Dauerzustand hat schließlich nicht nur zu schweren parteiinternen Krisen geführt, sondern auch das aus den französischen Verhältnissen erklärliche Prestige der Partei in der Bevölkerung erschüttert. Der KP-Praxis in Frankreich entsprach dabei durchaus das Verhalten der SFIO, der Sozialdemokratie Frankreichs. Diese Partei hatte durch ihre Teilnahme an vielen Regierungen der IV. Republik eine Politik unterstützt, als deren markanteste Beispiele "Algerien" und "Suez" zu nennen wären. Sie ist dadurch heute nicht nur so gut wie vollständig von der Arbeiterschaft isoliert, sondern national wie international zum Prototyp einer korrumpierten Partei geworden.

Die sozialistische Alternative der NEUEN LINKEN lautete in Frankreich angesichts dieser Situation: Bildung einer sozialistischen Front. Nur die gemeinsame Aktion aller, die sich im objektiven Gegensatz zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung Frankreichs (nicht nur zur Person de Gaulle) befinden, kann eine vernünftige Lösung der französischen Probleme erzwingen. Ziel des Kampfes ist zunächst die Verwirklichung eines sozialistischen Übergangsprogramms, das längst überfällig gewordene Strukturveränderungen an die Stelle immer neuer Phänomenpfuscherei setzt. Faschismus und Algerienkrieg scheinen der NEUEN LINKEN nur überwindbar, wenn man den gesellschaftlichen Zusammenhängen Rechnung trägt, aus denen sich die gegenwärtige Lage Frankreichs erklärt, statt stets nur am Überbau zu zerren.

Die englischen Verhältnisse sind weder durch dem Algerienkrieg entsprechende Faktoren, noch durch die Spaltung der Arbeiterbewegung in KP, SP u.ä. gekennzeichnet. Die Ansatzpunkte der NEUEN LINKEN waren deshalb Fragen, die mit wirtschaftlichen Strukturveränderungen zu tun haben, welche, durch die Labour-Party nach dem Kriege vorgenommen, längst neutralisiert worden sind. Andererseits waren es Fragen, die mit der Krise der englischen Arbeiterbewegung verknüpft sind, dann aber auch solche, die unmittelbar die Außenpolitik betreffen. Der entschiedene Kampf gegen atomare Rüstung und für eine Politik des Disengagements geht Hand in Hand mit dem Versuch theoretischer und praktischer Neuorientierung der englischen Arbeiterbewegung. Er zeigt aber gleichzeitig deutlich, daß das Rekrutierungsfeld der NEUEN LINKEN über das klassische der Arbeiterbewegung hinausreicht. Die legitime Oppositionskontrolle der NEUEN LINKEN wird innerhalb der Labour Party respektiert, was letztlich auch darin sich zeigt, daß ein Mann wie Gaitskell vor NEW LEFT Clubs referiert.

Jürgen Schaltenbrand

Anmerkung d. Red.:
Leider muß der Artikel hier abbrechen. Eine plötzlich erlittene Krankheit machte es Jürgen Schaltenbrand unmöglich, den Beitrag rechtzeitig zu beenden. Wir werden den zweiten Teil im kommenden Heft bringen.

N E U E L I N K E - P A R T E I - S T A A T

Die politischen Vorstellungen der Sozialisten in der Bundesrepublik werden heute noch weitgehend beherrscht von der Perspektive, der Organisationsform und der Weltanschauung der alten Sozialdemokratie - deren Scheitern jedoch offensichtlich ist. Die Zersplitterung der Linken ist Wirkung und Ursache ihres Festhaltens an abstrakt gewordenen Denkweisen zugleich. Die Erneuerung der sozialistischen Bewegung kann nur von der Kritik dieser Vorstellung ausgehen. Im folgenden sollen einige Gedanken dieser Kritik skizziert werden.

1. Die Perspektive der alten Linken, d.h. ihre Vorstellung von der Zielsetzung einer sozialistischen Politik, orientiert sich überraschend einseitig an der Eroberung der Staatsmacht. Wo eine sozialistische Eroberung der Staatsmacht unmöglich ist, bewirkt diese starre Fixierung am Staat Resignation und Passivität.

2. Zwei Elemente der sozialdemokratischen Ideologie - im Grunde miteinander unvereinbar - bewirkten diese Orientierung. Zum einen das Vorbild der Französischen Revolution, welche das politische Denken der 48er vom Schlage Bebels beherrscht hat - eine Revolution, die einen gesellschaftlichen Transformationsprozeß abschließt und eine neue Rechtsordnung schafft; zum anderen die marxistische Perspektive der revolutionären Eroberung der Staatsmacht mit dem Ziel, die Transformation d a n n p l a n m ä ß i g durchzuführen.

3. Für Massenorganisationen wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften - zerbrechliche Institutionen mit vollen Kassen, die für das Wohlergehen der Arbeiterschaft von größter Wichtigkeit waren, und deren Existenz von der D u l d u n g d e s b ü r g e r l i c h e n S t a a t s a p p a r a t e s abhing - bedeutete eine marxistisch-revolutionäre Politik ein zu großes Risiko, das sie nicht eingehen wollten. Die marxistische formale Trennung von politischer Partei und ökonomischer Interessenvertretung der Arbeiterschaft erfüllte ihren Zweck, dieses Dilemma zu lösen, nicht.

4. Der Widerspruch zwischen revolutionärem Ziel und systemimmanenter Politik bewirkte in der Sozialdemokratie die Umformung des Marxismus in eine quasi-religiöse Dogmatik, die eine determinierte, s e l b s t t ä t i g e Entwicklung des Kapitalismus zur sozialistischen Revolution versprach. Mit Hilfe dieser evangelischen W e l t a n s c h a u u n g - im wesentlichen von K a u t s k y aus Marx und historischen Darwinismus synthetisiert, von B e r n s t e i n revidiert - gelang es nicht nur, die revolutionäre Enthaltsamkeit zu rechtfertigen, sondern auch die Massen fest an die Arbeiterorganisationen zu binden. Hinter dem Schirm dieser Ideologie aber vollzog sich die allmähliche Integration der Sozialdemokratie in den bürgerlichen Staat.

5. In den vergangenen Jahren hat die Geschichte der alten Sozialdemokratie ihren Abschluß gefunden. Die Führung der SPD hat sich weitgehend von der alten, hohlen Weltanschauung gelöst - wobei sie sich in dem Glauben wiegte, es wäre Marxismus, was sie als Ballast über Bord warf. Unterworfen dem Eigeninteresse des Parteiapparates huldigt sie nun einem ziellosen Pragmatismus.

6. Sozialistische Politik sucht den gesellschaftlichen Transformationsprozeß zu beeinflussen. Diesen Prozeß mittels der Regierungsgewalt zu steuern, ist heute für uns keine realistische Perspektive, denn die ominösen 51 % der Parlamentssitze lassen sich n u r v o n g r o ß e n W a h l k a m p f u n t e r n e h m e n gewinnen, und deren Politik bleibt notwendig-systemimmanent. Soweit sie auf den Staat hin orientiert ist, kann die Politik der Linken höchstens radikaldemokratischen Charakter haben. Sie wird die formale Demokratie erhalten und verteidigen müssen. Aber diese rein d e f e n s i v e Orientierung kann nicht die einzige einer sozialistischen Politik sein.

7. Unter diesen Umständen wäre es endlich an der Zeit, sich dessen zu erinnern, daß einer Transformation der Gesellschaft die Entfaltung der Produktivkräfte und deren Gegensatz zu den bestehenden Produktivverhältnissen zugrunde liegt. Der Bereich, in dem sich diese Entwicklung primär vollzieht, ist der Betrieb, die Unternehmung, die Wirtschaft. Sollte nicht dort ein wichtiger Ansatzpunkt für sozialistische Politik liegen? - zumal gerade in unserer Gesellschaft der Transformationsprozeß kaum vom Staate her beeinflußt wird.

Das Problem einer sozialistischen, an der ökonomischen Basis orientierten Politik soll hier nicht weiter untersucht werden. Das Folgende beschränkt sich auf den Aspekt der Verhältnisses NEUE LINKE - Partei - Staat. Damit ist jedoch keine - um es ausdrücklich zu betonen - Zurückstellung der basis-orientierten Politik beabsichtigt. Ganz im Gegenteil: die Verteidigung der Demokratie wird hier nur als Bedingung einer solchen sozialistischen Politik verstanden.

8. In der Diskussion um die Erneuerung der westdeutschen sozialistischen Bewegung findet die Frage der angemessenen O r g a n i s a t i o n s - f o r m eine viel zu geringe Beachtung. Man scheint sich die NEUE LINKE nur als P a r t e i vorstellen zu können, d.h. als eine sich an Wahlen und Wahlkämpfen beteiligende Organisation. Dabei übersieht man, daß die Integration der alten Sozialdemokratie in den bürgerlichen Staat, ihre systemimmanente Politik unter dem alles vereinenden Banner des Antikommunismus, nicht das einmalige historische Ergebnis der Entstehung des stalinistischen Kommunismus ist; eher schon könnte dieser als Produkt der Verbürgerlichung der westeuropäischen Sozialdemokratie erklärt werden. Der integrative Sog des Staates findet seinen Ansatzpunkt vielmehr in der Organisationsstruktur der auf Legalität angewiesenen Partei.

9. Eine n e u e Partei könnte bestenfalls zu einer verjüngten Ausgabe der alten Sozialdemokratie werden, wäre also dem integrativen Sog auf die Dauer auf die gleiche Weise ausgesetzt. Das entscheidende Problem der sozialistischen Bewegung würde sie nicht lösen.

10. Ein Kennzeichen der Partei ist ihre hierarchische Gliederung, der zentral-gelenkte Herrschaftsapparat. Diese Organisationsform war zunächst das Produkt des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen den autoritären Staat gewesen. Denn dieser Kampf mit dem Staatsapparat erforderte eine gleichsam militärische Organisation mit straffer Führung und disziplinierter Gefolgschaft. Die Arbeiterbewegung war gezwungen, ihr politisches Instrument den Waffen des Gegners anzupassen.

11. In dem Maße, wie der Apparat der Sozialdemokratie wuchs, gewann er jedoch Eigenleben und vor allem ein alles überragendes Interesse an seiner Selbsterhaltung. Er wehrte sich gegen jede existenzgefährdende Politische Praxis. Stattdessen suchte er Funktionen, in denen er expandieren konnte. Im Vordergrund stand dabei die parlamentarische Arbeit, der Kampf um Mandate in Parlament und Verwaltung des Staates und der Gemeinden. Die Partei wurde auf diese Weise I n s t r u m e n t d e s S t a a t e s zur Vermittlung von Funktionsträgern, zu einem A p p e n d i x d e s S t a a t s a p p a r a t e s . Die Hierarchie des bürgerlichen Staates ordnete sich also - und das geschah mit der diesen Strukturen innewohnenden Notwendigkeit - die Hierarchie der politischen Arbeiterbewegung ein und unter. Die Partei ist heute Fleisch vom Fleische des Staates, erhält auch staatsrechtlich immer mehr den Charakter öffentlicher Institution.

12. Die Hierarchie der Partei wird zwar formal kontrolliert von der Mitgliedschaft, welche die Funktionäre einsetzt und abberuft. Aber das Machtübergewicht des Apparates gegenüber d e n E i n z e l n e n ist unumgänglich, und eben ihre formale Abhängigkeit von der Mitgliedschaft drängt die Funktionsträger - deren wirtschaftliche Existenz häufig und weitgehend an ihre Funktionen gebunden ist - alle Möglichkeiten der Manipulation ihrer Wähler zu suchen. Der Apparat emanzipiert sich auf diese Weise von der Mitgliedschaft und unterwirft sie sich mehr und mehr - so wie auch er vom Staatsapparat unterworfen worden ist. Er produziert die

Parteiideologie, er bestimmt den politischen Kurs, er wählt die Mandatsträger aus. Er fordert strenge Disziplin und erstickt die freie Diskussion, die Kritik. Und da, je schwächer der Einfluß der Mitgliedschaft, um so uneingeschränkter die Führung der Partei ist, konzentriert sich die Macht mehr und mehr in einer kleinen Spitze.

13. Die Entwicklung der Partei zum integrierten Teil des Staates ist kein speziell sozialdemokratisches und auch kein speziell deutsches Phänomen. In allen westlichen Industriestaaten ist sie - sieht man von historischen Besonderheiten und von time-lags ab - zu beobachten. Klassisch in diesem Sinne sind die Parteien der USA, die nicht zufällig Vorbilder all jener Parteien sind, welche mit der Zeit gehen.

14. Mehr und mehr wird die Verhaltensweise moderner Parteien von den Gesetzen des oligopolistischen Marktes bestimmt. Sie werden zu politischen Unternehmungen. Ihre Waren, d.h. Versprechungen formen sie nach den Vorstellungen des herrschenden Bewußtseins - welches vom Bewußtsein der Herrschenden bestimmt wird. Große Unterschiede untereinander suchen die Stimmennachfrager zu vermeiden. Ihre Konkurrenz findet vornehmlich in der Werbungs i n t e n s i t ä t statt. Ihr Ziel ist die Maximierung von Mandaten.

15. Von solchen Apparaten eine progressive, über das Bestehende hinausweisende Politik, eine sozialistisch-demokratische Umgestaltung der Gesellschaft zu erwarten, ist absurd. Zu stark ist der Zwang, sich dem Bestehenden anzupassen. Die Parteien verlieren ihren ursprünglichen Charakter, den Charakter von Organen, welche das gesellschaftliche Fortschreiten kanalisieren und den Überbau laufend dem sich verändernden Unterbau anpassen. Völlig erstarrt, völlig vom Eigeninteresse der Mandatserwerbung beherrscht, neigen sie vielmehr dazu, zu Hemmnissen einer vernünftigen Entfaltung der Produktivkräfte zu werden.

16. J e d o c h : Je mehr die Partei in den Staat integriert wird, je mehr sie zur abstrakten öffentlichen Institution wird, je starrer sie wird - um so i n s t r u m e n t a l e r wird sie auch. Wie der abstrakte bürgerliche Staatsapparat sich vorzüglich dazu eignet, von den Zentralen des Kapitals gesteuert zu werden, so wirdauch die Partei v o n a u ß e n b e e i n f l u ß b a r . Nur von außen deshalb, weil sie ein eigenwilliges Zentrum innerhalb des Machtbereiches kaum entstehen läßt. Die G r e n z e n (!) dieser Steuerbarkeit allerdings werden vom abstrakten Eigeninteresse der Selbsterhaltung und Expansion der Apparates bestimmt.

17. Eine neue Partei a l t e n S t i l s wird auf lange Sicht nicht in der Lage sein, über die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung hinausführend zu wirken. Dagegen bietet gerade die fortschreitende Erstarrung der sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit, sie m i t H i l f e e i n e r n e u e n O r g a n i s a t i o n als e i n Instrument der Verteidigung der Demokratie zu benutzen. Unter der Voraussetzung, daß die f o r m a l e Demokratie im Sinne des Art. 21 GG intakt bleibt, kann die Autonomie des Apparates der SPD gebrochen werden, wenn es gelingt, die M e i n u n g s b i l d u n g der SPD-Mitgliedschaft und aller jener Funktionsträger, die noch zu einem unabhängigen Engagement bereit sind, außerhalb des Griffbereiches des Parteiapparates, d.h. a u ß e r h a l b d e r P a r t e i ,zu organisieren.

18. Für die alte Klassenpartei war die Einheit von Meinungs- und Willensbildung auf der einen und politischem Apparat - Instrument - auf der anderen Seite kennzeichnend gewesen. Die moderne Partei dagegen ist bloßer Apparat geworden, der sich selbst steuert. Eine erneute r e a l e V e r b i n d u n g von politischem Apparat und freier, kritischer Meinungsbildung, die in gewissem Umfang auch heute noch vernünftige Politik bewirken kann, setzt ihre o r g a n i s a t o r i s c h e T r e n n u n g voraus.

19. Diese o r g a n i s i e r t e Beeinflussung der Willensbildung in der SPD ist eine wichtige Aufgabe der NEUEN LINKEN. Die NEUE LINKE muß deshalb zum Zentrum der Bewußtseinsbildung, der Diskussion, der Formulierung der Programmatik a u c h der Sozialdemokratie werden. Die Form ihrer Organisation bestimmt sich mit aus dieser Aufgabe.

20. Im Stadium der Formierung der NEUEN LINKEN, in dem die Sammlung und theoretische Klärung im Vordergrund stehen, soll die Organisationsform möglichst locker und flexibel sein. Unumgänglich ist ein o p t i m a l e r M e i n u n g s s p i e l r a u m . Es empfiehlt sich deshalb ihre Organisierung in Form von örtlichen offenen Arbeitsgemeinschaften, die mittels eines Diskussionsorgans und in Seminaren miteinander koorperieren. Ihre zentrale Leitung - der jede politische Organisation bedarf - wird allerdings schon aus finanziellen Gründen wenig umfangreich sein.

21. Selbstverständlich wird die Mitgliedschaft in Arbeitsgemeinschaften der NEUEN LINKEN in jedem Fall für Sozialdemokraten seitens des SPD-PV verboten sein. Dem wird man aber durch eine formale Trennung von Mitgliedschaft und Teilnehmerschaft begegnen können. Denn nicht Abkapselung streben wir an, sondern eine für die Hierarchie ungreifbare Durchdringung der Partei. In diesem Sinne gilt es nicht zuletzt, die Kassierung von "Spenden" von SPD-Mitgliedern örtlich zu organisieren.

22. Es wird also keinesfalls Aufgabe der NEUEN LINKEN sein, die SPD zu bekämpfen. Wir wissen wohl zu ermessen, was es bedeutete, wenn z.B. in Hessen die Regierung an eine CDU-Koalition übergehen würde, und wir werden j e d e m Willy Brandt den Adenauer, Schröder, Strauß, Jäger oder Mende vorziehen. Enttäuschung und Verbitterung dürfen hier keine Rolle spielen.

Thomas von der Vring

M E H R F Ä L L T M I R Z U W E H N E R N I C H T E I N

Herr Wehner und sein Parteivorstand haben abermals zu drei vernichtenden Schlägen gegen den SDS ausgeholt: durch Veröffentlichungeiner siebzehnseitigen sogenannten Dokumentation über den SDS, durch eine Pressekonferenz in Bonn und durch einen Artikel von Herrn Wehner selbst. Endlich, jubilierte die rechtsstehende "Frankfurter Neue Presse", sei gegen die Organisation der sozialistischen Studenten der "Todesstoß" geführt worden. Der wievielte "Todesstoß" war das eigentlich mittlerweile schon?

In der "Dokumentation", entnimmt man der Presse, erzählt der Vorstand der SPD noch einmal die Geschichte seiner über zwei Jahre verteilten und sich laufend steigernden Maßnahmen gegen den SDS. Dabei handelte es sich selbstverständlich immer um reine Verteidigungsmaßnahmen. Die Führung der deutschen 600.000 Sozialdemokraten handelte aus purer Notwehr, wenn sie die sozialistischen Studenten mit Verleumdungen überhäufte oder ihnen alle Finanzierungsmöglichkeiten abschnitt. Sie mußte sich wehren gegen eine "parteifeindliche" Organisation, die zunächst die SPD "aufweichen", sie alsdann spalten und von den Gewerkschaften trennen wollte. Keile wollten die der SPD angehörenden sozialistischen Studenten zwischen die 600.000 Sozialdemokraten und die 7.000.000 Gewerkschafter treiben. Herr Wehner nennt auch die Zahl derjenigen, die auf diese Weise die SPD bedrängten: 27! (Siebenundzwanzig!).

Angesichts einer so beklemmend unsinnigen Argumentation würde man sich wünschen, daß endlich das Kind aus dem Märchen auf Herrn Wehner zuträte und riefe: "Der Kaiser ist ja nackt".

W e s t k o n t a k t e

Seine Theorie von der Aufweichung der SPD durch den SDS sucht Herr Wehner auch durch den Hinweis aufdie ausgesprochen SPD-feindlichen Westkontakte des Studentenbundes zu untermauern. Dadurch, meint er, werde der parteischädigende Charakter der ganzen SDS-Arbeit deutlich. Fleißig hat Herr Wehner aus der Anwesenheitsliste der XVI. Delegiertenkonferenz des SDS vom Oktober 1961 alle Vertreter von Organisationen herausgeschrieben, die nicht sozialdemokratisch und doch sozialistisch sind. Wie paßt es wohl in dieses bornierte Konzept, daß die britische Labour-Studentenorganisation und der SDS unlängst ein gemeinsames Grußtelegramm zum Kongreß der dänischen Volkssozialisten gesandt haben? Es paßt so wenig hinein wie die Tatsache, daß der SDS ausgezeichnete Beziehungen zu vielen afrikanischen Studentenverbänden wie auch zu nonkonformistischen Gruppierungen in USA und Kanada unterhält.

Herr Wehner, der das Gefühl nicht missen kann, die alleinseligmachende Kirche zu repräsentieren, hält offenbar alle unabhängigen linken Gruppierungen für eine Art internationaler Verschwörung gegen sich, und die Sozialdemokratie und die Sozialdemokraten für den Mittelpunkt der Welt.

So betrachtet, sind freilich die genannten 27 Parteifeinde arge Bösewichte, da sie zur SPD nicht mehr gehören dürfen, aber demokratische Sozialisten weiter sein wollen. Sie sind sozusagen im Stand der Sünde. Die siebenundzwanzig werden sich damit abzufinden wissen. Aber wird der Mythos Herbert Wehner das überleben können?

Heinz Grossmann

D E R P O R T U G I E S I S C H E K O L O N I A L I S M U S A U F D E M R Ü C K Z U G

A N G O L A

I

"Portugal hat in der Tat die Welt zu kolonialisieren gelehrt", schreibt Theodor Mommsen. In der Tat. Seit Heinrich der Seefahrer 1415 sich entschloß, alles Entdeckbare zu entdecken, ist Portugal zu einer der führenden seefahrenden Mächte und damit auch zur ältesten Kolonialmacht aufgestiegen. Die Kunst zu beherrschen, besitzt Portugal in hohem Maße, wie Salazar mit zynischer Offenheit in den dreissiger Jahre zugegeben hat:

> "Die koloniale Frage ist an der Tagesordnung. Von allen Seiten gibt es die verschiedensten Vorschläge zur Lösung eines Problems, das, obwohl wir sein Vorhandensein zugeben, uns nicht weiter berührt. Der Vertrag von Versailles hat uns nichts gegeben ... was uns aber weiter nicht hindern soll, Vorsichtsmassregeln zu ergreifen für alle möglichen Überraschungen. Wir Portugiesen sind überzeugt, dass wir das Recht und die Macht haben müssen, unser Kolonialreich zu verteidigen und es weiterzuentwickeln...
> Entwickeln einer kolonialen Geisteshaltung, die klar und bestimmt und unerschütterlich ist in ihrer Einsatzbereitschaft für das Vaterland als das vollkommene Ideal unserer Nation, Portugal und seine Kolonien bilden ein unteilbares und gleichartiges Ganzes - so lautet der erste Artikel unseres nationalen Glaubensbekenntnisses."

Das hier zitierte Nationale Glaubensbekenntnis ist die portugiesische Verfassung von 1933.

Die Kolonien werden von Lissabon aus regiert, und man hat nie ein Wort von Übergang und Unabhängigkeit gehört. Armindo Monteiro, vor Salazar Kolonialminister sagte dazu:

> "Die wesentliche Aufgabe der kolonisierenden Macht ist es, die schwarze Rasse zu retten im Kampf gegen Krankheit, Aberglauben, ererbte Schwäche, Laster und Klima."

Oder wie es José Bossa, ehenfalls Ex-Kolonialminister, ausdrückt:

> "... keine verfrühte intellektuelle Befreiung, sondern nur eine allmähliche Besserung..."

Und Dr. Salazar sagt:

> "Unsere Kolonien sollen die hohen Schulen des Nationalismus werden. Die Mehrheit der Offiziere und alle jene anderen, in denen der Kult des Vaterlandes und des Rassenstolzes wachgehalten werden sollen, müßten eine Zeit lang in den Kolonien dienen."

England führte Anfang der dreissiger Jahre die "indirect rule" ein, die indirekte Verwaltung der Kolonien mit Hilfe der Eingeborenen; Portugal dachte nicht einmal daran, nur irgendeine noch so kleine Verwaltungsstelle mit einem Farbigen zu besetzen.

Lieber nahm es Schwerverbrecher, an denen besonders Angola keinen Mangel litt, war doch Angola lange Zeit hindurch die portugiesische Strafkolonie. Zahlreiche Veröffentlichungen des Kolonialministeriums brüsten sich damit, dass das Wohl und Wehe der Eingeborenen ausschliesslich portugiesischen Verwaltungsbeamten anvertraut ist. Wie die "Ordnung" in den Kolonien aufrechterhalten wird, beweist sehr eindrucksvoll eine Erklärung des portugiesischen Kolonialministeriums, die anlässlich der Aufdeckung verschiedener Mißstände in den dreissiger Jahren veröffentlicht wurde. Sie gipfelt in dem lapidaren Satz: "Offiziell ist die Prügelstrafe verboten".

II

Es lässt sich nur ein Grund finden, um den langen Schlaf der portugiesischen Kolonien zu erklären: der wirtschaftliche und soziale Rückstand, erzwungen durch die Abhängigkeit von einem der ärmsten Länder Europas. Erst nach dem 2. Weltkrieg hat Salazar die Kolonien umgetauft in "überseeische portugiesische Provinzen", um vor der UNO nicht als Kolonialherr erscheinen zu müssen. Wie gesagt, hat Salazar nie vorgehabt, die Kolonialvölker zur Unabhängigkeit zu bringen. Er will allein die Gebiete als Besitz Portugals halten. Nur ein Zugeständnis hat er den Kolonialvölkern gemacht: sie dürfen portugiesische Staatsangehörige werden. Nie hat er daran gedacht, dass diese Völker ein Recht haben könnten, ihren eigenen Staat zu konstituieren. Er sieht auf sie herab wie ein Portugiese des 15. Jahrhunderts, er will nicht zur Kenntnis nehmen, dass sich Afrika und die Welt seitdem verändert haben.

So werden die Einwohner dieser "überseeischen Provinzen" durch das Gesetz klassifiziert in "Zivilisierte und Nicht-Zivilisierte". Das Gesetz meint es noch nicht einmal ironisch, wenn es die Kategorie "Nicht-Zivilisierte" nur Schwarzen und Mischlingen vorbehält, aber diesen "Nicht-Zivilisierten" gestattet, portugiesische Bürger zu werden.
Tatsächlich ist jedoch diesen "Nicht-Zivilisierten" der Weg zum portugiesischen Bürgerreicht mit grossen Schwierigkeiten verstellt: man muß lesen und schreiben können und beweisen, dass man portugiesische Lebensweise gut beherrscht, um einen Ausweis zu erhalten. Allerdings gab es 1936 für 3 Millionen Einwohner nicht mehr als 36 Schulen, ausschliesslich Missionsschulen (fast alle katholisch). Die katholische Kirche hat zweifellos den bedeutendsten Anteil an der portugiesischen Kolonialpolitik. Zum Schulunterricht heißt es in einer Verordnung des Kolonialministeriums vom 3o.11.1936:

> "Anstelle der oberflächlichen Unterweisung in Lesen und Schreiben hat eine Anleitung und Unterrichtung in Landwirtschaft und Viehzucht zu geschehen. Anstelle des halbgebildeten Negerproletariers ist der Typ des 'Agrikulturnegers' zu schaffen."

Auf die Erziehung der eigenen Landsleute verwendet die portugiesische Regierung ähnliche Sorgfalt: Portugal hat noch 45 % Analphabeten, den höchsten Prozentsatz Europas.

III

Die Schwierigkeiten, denen sich die Afrikaner bei der Wahrnehmung der geringen Chancen gegenübersehen, die ihnen die Verfassung bietet, sind nicht zufällig. Die portugiesische Regierung wollte ihre Anwesenheit in den Kolonien nicht dadurch gefährden, indem sie das Anwachsen einer nationalen Elite zuließ oder gar begünstigte. Die Zahlen reden eine deutliche Sprache:
Bevölkerung Angolas (195o): 4 145 266
davon "zivilisierte" Minderheit: 135 ooo (3,25 % der Bevölkerung);

zur 'zivilisierten' Minderheit gehören: 79 ooo Weisse - die gesamte weisse Bevölkerung, 26 ooo Mischlinge und 3o ooo Afrikaner - also nicht mehr als o,75 % der gesamten schwarzen Bevölkerung.
Ironischerweise können 23 % der weissen Bevölkerung, deren Mission doch die Zivilisierung der Afrikaner sein soll, selbst weder lesen noch schreiben. Obwohl o,75 % der afrikanischen Bevölkerung als 'zivilisiert' bezeichnet werden, können nur o,36 % lesen und schreiben: 99,64 % der afrikanischen Bevölkerung Angolas sind Analphabeten. Nur o,o28 % der afrikanischen Bevölkerung Angolas haben eine Oberschulbildung; auf eine Million Afrikaner kommen 6, die eine Hochschule besuchen.

Das ist das Ergebnis von 4 Jahrhunderten "zivilisatorischen Einflusses" der Portugiesen. Im übrigen schreibt die für alle Wechselfälle des Lebens gerüstete portugiesische Verfassung für die portugiesischen Überseeprovinzen ein Sonderstatut vor; "nach dem jeweiligen Stand der Bevölkerung". In einem anderen Artikel wird gesagt, Maßnahmen, die die Lebensgewohnheiten der Stämme verändern könnten, dürften nur langsam und mit äusserster Vorsicht getroffen werden.

IV

Henrique Galvao, bis zum Jahre 1947 noch Salazars Kolonialkommissar, veröffentlichte zur Information des portugiesischen Parlaments einen ausführlichen Bericht über die Auswirkungen der portugiesischen Kolonialpolitik, dessen Details Salazar derartig kompromittierten, dass er Galvaos Report vernichten und den Autor einkerkern liess.

> "Statistiken sind stumm, statisch. Sie schreien nicht, sie besagen nichts über Qualen und Leid. Man muß selbst hingehen und mit eigenen Augen sehen, man muß diejenigen ermutigen, die selbst das Schreckliche sehen wollen, statt sie als lästige Kritiker ins Exil zu schicken...
> Die Ärzte in Angola vermeiden es, Berufungen in das Innere des Landes Folge zu leisten, sie konzentrieren sich in den wichtigsten Stadtzentren ... Geburtenfürsorge, Kinderpflege, Kampagne gegen Malaria, Schlafkrankheit und andere spezifische Krankheiten existieren nur auf dem Papier ... Ich kann versichern, dass eine Gesundheitsfürsorge für die Eingeborenen von Guinea, Angola und Mocambique überhaupt nicht existiert, von seltenen Ausnahmen abgesehen ... So kann es nicht überraschen, dass die Kindersterblichkeit bis zu 6o % angestiegen ist ... Die Sterblichkeitsrate unter den Arbeitern beträgt nicht selten 4o %; und die Ärzte informierten mich, dass nur eine minimale Anzahl Eingeborener die Bilharsie überlebt, daß die Zahl totgeborener Kinder in erschreckendem Maße steigt. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung flieht ins Ausland; der Rest der Daheimgebliebenen verfällt der physischen Vernichtung ...
> Wir alle kennen den Gegensatz zwischen den Ideen und Prinzipien, die in unseren Gesetzen normiert sind, und der Tatsache der Zwangsarbeit ...
> Nach der letzten Volkszählung betrug die Bevölkerung Angolas 1 725 425 Männer und 1 92o 183 Frauen. Man zählte 1 123 717 Männer in arbeitsfähigem Alter zwischen 16 und 74 Jahren. Nach den Statistiken des Kommissariats für Eingeborenenangelegenheiten jedoch wurden nur 746 589 Männer als Steuerzahler, d.h. als arbeitsfähig registriert. In anderen Worten, in Angola sind 459 128 Männer (über 33 % der Bevölkerung im arbeitsfähigem Alter) - aus verschiedenen Gründen, doch hauptsächlich wegen physischer Untauglichkeit - unfähig zur Arbeit."

Galvaos Rapport enthüllt, dass in den Rekrutierungsbüros für Zwangsarbeiter die Eingeborenen einer medizinischen Untersuchung unterzogen werden, in der aus Gesundheitsgründen 12 % zurückgeschickt werden; weitere 1o % erkranken

im Laufe der zweijährigen Zwangsarbeitsperiode oder finden den Tod, so daß auf den portugiesischen Plantagen ein Defizit von 15 ooo Arbeitskräften entsteht.

"Nur die Toten sind frei von Zwangsarbeit ... Diese Praktiken sind in Angola noch mehr verbreitet als in Mocambique, weil die lokale Regierung in Luanda bewusst in einem Maße die Rekrutierung und Verteilung der eingeborenen Arbeitskräfte monopolisiert hat, daß die Siedler das Kommissariat für Eingeborenenangelegenheiten mit schriftlichen Anfragen nach 'Lieferung von Arbeitskräften' überhäufen, die sie ohne die geringsten Skrupel einreichen ... In mancher Beziehung ist die Situation in Angola schlimmer als die reine Sklaverei. In der Sklaverei wurde der gekaufte Mensch, den man erwarb wie ein Stück Vieh, von seinem Herrn als nützliches Werkzeug betrachtet; er war interessiert daran, den Sklaven arbeitsfähig zu erhalten, genauso,wie er sich um sein Pferd oder seinen Ochsen kümmerte. Heute wird der Eingeborene nicht mehr gekauft, man leiht ihn sich einfach von der Regierung, wenn er auch dem Gesetz nach den Status eines freien Menschen haben mag. Sein Herr hat kein Interesse für ihn, solange er am Leben bleibt und seine Arbeit tut, es sei denn, er wird krank oder stirbt ... denn wenn der Eingeborene zur Arbeit unfähig wird oder stirbt, kann sein Herr stets damit rechnen, andere Zwangsarbeiter nachgeliefert zu bekommen ...
So haben manche Plantagenherren über 35 % ihrer Arbeiter verloren, aber nie Schwierigkeiten gehabt, von der Regierung frischen Ersatz geliefert zu erhalten. Die Vorstellung, dass der Eingeborene nichts weiter sei als ein Lasttier, herrscht noch heute uneingeschränkt in den weissen Hirnen Angolas; die Gleichgültigkeit für die physische und moralische Gesundheit der Eingeborenen ist zu offensichtlich...
Tatsache ist, dass wir all das schon über ein Jahrzehnt lang in allen Einzelheiten gewusst haben, und dass nicht eine einzige wirksame Maßnahme getroffen wurde, um dieses Problem zu lösen. Ich übernehme die volle Verantwortung für den Beweis, dass das, was ich sage, wahr ist. Man kann mich nur dafür kritisieren, dass ich nicht die volle Wahrheit gesagt habe, nicht alle Aspekte der Kolonialfrage beschrieben habe."

V

In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar 1961 traten die patriotischen Kräfte Angolas in Aktion, um ihr Land vom Joch des portugiesischen Kolonialismus zu befreien. Der Erfolg des Aufstandes der Patrioten von Luanda verlieh dem Völk von Angola den Mut, zu Massenaktionen überzugehen. Am 15. und 16. März wurde das gesamte Gebiet nördlich von Luanda zum Schauplatz eines Aufstandes der Arbeiter auf den Kaffeeplantagen. Von Luanda griff die Flamme des Volksaufruhrs auf den Nordteil des Landes über. Sie erreichte die Gebiete von Nova Lisboa, Moçamedes und Benguela. In den darauffolgenden Tagen setzten die Kolonialisten ihren starken Unterdrückungsapparat in Bewegung. Konzentrationslager wurden in Damba, Baía dos Tigres und Porto Alexandre geschaffen. Am 15. Mai hatte die PIDE (Portugiesische Geheime Polizei) schon 1 5oo Menschen ohne Gerichtsverfahren ermordet. Für die KZs hat sich PIDE besondere Foltern ausgedacht: eine der berüchtigsten ist die "Statue" - ein Mensch muss tagelang stehen, bis er zusammenbricht. Andere schmerzhafte Foltern sind das Zerschneiden der Fußsohlen mit Glasscherben. Durch die anschliessende Infektion stirbt das Opfer meist einen qualvollen Tod.

Von Portugal wurden Truppenkontigente nach Angola gebracht. Am 15. Mai bereits waren in Angola 3o ooo Soldaten stationiert und schätzungsweise sind es heute 4o ooo. NATO-Flugzeuge bombardierten mit Brandbomben mindestens 28 Dörfer mit wehrlosen Männern, Kindern und Frauen.

Riesige Gebiete von Wäldern wurden auch mit Napalmbomben und Flammenwerfern eingeäschert. Bis heute sind 53 ooo Afrikaner und 1 15o Weisse getötet worden. 15o von den Weissen sind Offiziere und Soldaten. Am 28. Juli berichtete der Korrespondent des "Daily Telegraph":

> "Eine Armee von 3o ooo Soldaten ist bemüht, die nationalistische Revolte in Nordangola ... niederzuschlagen. Wenn ihr dies zum Beginn der Regenszeit in drei Monaten nicht gelingt, was britische Beobachter für höchst zweifelhaft halten, muss damit gerechnet werden, dass sich die Rebellen im Busch konsolidieren und nächstes Jahr wesentlich verstärkt dastehen."

Der Korrespondent des "Daily Telegraph", Richard Beeston, der frei ist von den antiportugiesischen Vorurteilen der britischen Sozialdemokraten, kommt trotzdem zu einem sehr scharfen Urteil über die politische Führung und über die Polizei Portugals in Angola. In einer Lage, in welcher der Friede zwischen 2oo ooo Europäern und 5 Millionen Afrikanern zerstört worden sei, weigerten sich die portugiesischen Behörden weiterhin, die Existenz eines schwarzen Nationalismus anzuerkennen. Die politischen Führer der Schwarzen Angolas seien entweder im Gefängnis oder in den Kongo geflohen ...
Man vermißt in dem Artikel Beestons freilich die Erwähnung einer weissen Opposition in Angola (und Moçambique), wo "liberale" Elemente aus dem Mittelstand ... schon seit Jahren auf Reformen drängen.

VI

Zwei wichtige nationalistische Parteien werden als Wortführer des angolesischen Volkes betrachtet: die Volks-Befreiungs-Bewegung Angolas (MPLA) und der Verband der Völker von Angola (UPA). MPLA wurde 1956 in Luanda gegründet. Geboren im Kampf wird die MPLA im ganzen Land anerkannt. Viele ihrer mutigsten Mitglieder befinden sich seit 1958 in den Gefängnissen, unter ihnen Ilidio Machado und Dr. Agostinho Neto. UPA wurde von angolesischen Siedlern in Leopoldeville gegründet und hat eine Anzahl von Mitgliedern im Norden des Landes. Die Leitung UPA's versucht jedoch mit allen Mitteln, die Aktionseinheit mit den nationalistischen Kräften zu verhindern. Im Mai 196o gaben die Führer der MPLA ihren ersten Aufruf zur Einheit aller patriotischen Kräfte heraus. Dieser Aufruf wurde von den meisten politischen Verbänden der Angolesen im Kongo unterstützt, jedoch von UPA ignoriert. Die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes steht auf dem Spiel; die amerikanischen Imperialisten sitzen zwischen zwei Stühlen. Sie sind bemüht, sich als Freunde der Freiheit aufzuspielen. Doch sie korrumpieren gewisse nationalistische Führer, um ihre eigenen Ziele zu fördern. Das war der Fall bei der Ausnützung des Aufstandes in Nordangola zum Vorteil UPA's. Andererseits unterstützen die Amerikaner die militärischen Aktionen der portugiesischen Kolonialisten. Dem gleichen Zweck dient die NATO, und dienen all ihre geheimen Abkommen mit dem Regime Salazars. Das Volk Angolas kämpft heute gegen NATO-Waffen, durch die täglich angolesische Patrioten getötet werden.

VII

In den Statuten der Volksbewegung für die Befreiung Angolas sind folgende Ziele festgelegt: ... Verteidigung und Verwirklichung der Forderungen der am stärksten durch das Kolonialregime unterdrückten und ausgebeuteten sozialen Schichten Angolas, insbesondere der Forderungen der Arbeiter- und Bauern, die nahezu die Gesamtheit der Bevölkerung Angolas ausmachen.

In ihrem Programm fordert die MPLA eine republikanische, demokratische und weltliche Regierungsform für Angola. Die Wirtschaft Angolas soll stufenweise entwickelt und geplant, staatliche Handels- und Industrieunternehmen, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften sollen in diesem Zusammenhang geschaffen werden.

Eine Bodenreform, die die bestehenden Ungerechtigkeiten in bezug auf den Grundbesitz beseitigt, das Privatmonopol der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen abschafft, wird zur wesentlichen Aufgabe erklärt: Das Land soll denen gehören, die es bearbeiten; die maximale Grösse des privaten Grundbesitzes wird festgelegt, für landlose Bauern und für die, die es nicht ausreichend haben, wird Land zur Verfügung gestellt.

Vom Staat wird gefordert, dass er die Rechte der Arbeiter und Bauern und aller sozialen Schichten schützt und sofort die Zwangsarbeit beseitigt. Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften muss geachtet werden. Der Staat setzt den Minimallohn der Arbeiter fest und wacht über die strikte Anwendung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. In allen Bereichen - den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen - werden für die Frau die gleichen Rechte wie für den Mann gefordert. Den Arbeitern, Angestellten, Beamten und Jugendlichen, die ihre Ausbildung abschliessen, ist Arbeit zu sichern.

Für eine Armee wird die Einführung einer neuen militärischen und politischen Ausbildung und Vereinheitlichung dieser Ausbildung, wird die Festigung demokratischer Beziehungen zwischen Offizieren und Soldaten gefordert.

Schliesslich fordert das Programm der MPLA Herstellung und Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen mit allen Ländern der Welt auf der Grundlage folgender Prinzipien: gegenseitige Anerkennung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität, Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, gleiche und gegenseitige Vorteile, friedliche Koexistenz und Verzicht auf Beitritt zu irgendeinem Militärblock.

Joaquim da Silveira

G O A
U N D D I E S O G E N A N N T E Ö F F E N T L I C H E M E I N U N G

Es waren keineswegs die laufenden Kriegshandlungen von NATO-Staaten gegen afrikanische Völker, die die öffentliche Meinung der westlichen Länder aus ihrer vorweihnachtlichen Ruhe aufschrecken liess. Nein - die Empörung der Meinungsmacher richtete sich gegen die Geschmacklosigkeit Indiens, gegen einen Staat Gewalt anzuwenden, der doch bereits durch die Anstrengung behindert ist, ausreichende Mengen von Napalmbomben über den Dörfern Nordangolas abzuwerfen.

Was war wirklich geschehen ? Der grösste bündnisfreie Staat hielt im vierzehnten Jahr seiner Unabhängigkeit die Zeit für gekommen, einen längst unerträglichen Zustand zu beseitigen: die Existenz von Enklaven auf seinem Territorium, die von der rückständigsten europäischen Kolonialmacht unterhalten wurden. Wiederholte Versuche, mit Portugal über die friedliche Übergabe dieser Kolonien an Indien zu verhandeln, hatten nichts gefruchtet, weil Salazar zu tief von seiner Mission überzeugt war, in Asien und Afrika als Wächter der abendländischen Zivilisation auftreten zu müssen.

Den Absichten indischer Nationalisten in Goa, ihr Land mit den Methoden Gandhis zu befreien, war er mit jenen brutalen Unterdrückungsmassnahmen entgegengetreten, die er zur Aufrechterhaltung seines halbfaschistischen Regimes auch in Portugal selbst anwendet. So blieb Indien kein anderer Weg, den letzten Rest seines Gebietes von der Herrschaft europäischer Kolonialisten zu befreien, als die militärische Aktion. Sie ist schneller und unblutiger verlaufen, als man zu hoffen wagte.

Natürlich kann man die Frage stellen, warum gerade der 18. Dezember 1961 als Zeitpunkt für die Befreiung Goas gewählt wurde. Man kann aussen- und innenpolitische Gründe dafür finden und benennen: Nehru musste nach gewissen Rückschlägen in Belgrad in den Augen der afrikanischen und asiatischen Völker als Vorkämpfer gegen den Kolonialismus glaubwürdig bleiben, und das Fortbestehen kolonialer Enklaven auf indischem Gebiet war mit seiner Führungsrolle bei den Blockfreien nicht länger vereinbar. Die innenpolitische Opposition, von den Kommunisten bis zu den Rechtssozialdemokraten und Hindufaschisten, forderte im angelaufenen Wahlkampf für die Parlamentswahlen im Februar 1962 ein entschlosseneres Vorgehen der Regierung gegen die portugiesischen Kolonialisten - eine Forderung, die auch von grossen Teilen der Kongreßpartei unterstützt wurde und teilweise mit dem Gedanken verbunden war, man könne nach der Beseitigung des Krisenherdes Goa den chinesischen Grenzverletzungen energischer begegnen. Welche Überlegungen aber auch die Festsetzung des Zeitpunktes beeinflusst haben mögen - sie ändern nichts daran, dass Nehru einen begrüssenswerten Beitrag zur Liquidation des Kolonialismus geleistet hat, und zwar mit den Mitteln, die der Natur des Gegners angemessen waren.

Westliche Kritiker heucheln Enttäuschung über die Gewaltsamkeit des Friedensapostels Nehru, dessen Ratschläge, sie nie beachtet haben, und triumphieren über die vorgebliche "Entlarvung" eines besonnenen Gegners der Blockpolitik. Ihre Argumente zielen ins Leere: Nehru hat den Verzicht auf Gewalt nie zur zeitlos gültigen Maxime des politischen Handelns erhoben. Er weiß zu genau, dass die Methoden Gandhis kaum geeignet sind, die rückständigsten Vertreter des Kolonialismus aus ihren letzten Bastionen zu verdrängen. Das indische Nachrichtenmagazin "LINK" hat das Vorgehen in Goa mit vollem Recht so begründet:

> "Die portugiesische Regierung selbst ist ein politischer Atavismus, der weder in Portugal selbst noch in Übersee beseitigt oder verändert werden kann, ohne daß man zu aussergewöhnlichen Maßnahmen Zuflucht nimmt."

Dieser "politische Atavismus", das Regime Salazar, verdient nicht die Sympathien, die in manchen westlichen Kommentaren durchklangen. Das kleine Land, das von Indien so wenig "fair" behandelt worden ist, geht gegen die Aufstandsbewegungen in Angola mit Methoden vor, die an die finstersten Massnahmen des Dritten Reiches erinnern. Der indischen Regierung ist höchstens vorzuwerfen, dass sie die militärische Aktion in Goa vor der Weltöffentlichkeit nicht noch deutlicher als ersten Schritt auf dem Wege zur Befreiung aller portugiesischen Kolonien herausgestellt hat. Diese Befreiung würde zugleich unweigerlich zum Sturz Salazars führen und damit die Vorbedingung für die Entwicklung eines Landes schaffen, das heute mit 45 % Analphabeten das rückständigste Europas ist. Zweifellos wäre das ein schwerer Schlag für jene Kreise in Westeuropa und besonders in der Bundesrepublik, die den Diktaturen auf der iberischen Halbinsel unverhohlene Sympathien entgegenbringen.

Klaus Meschkat

Noch behaupten die portugiesischen Kolonialisten ihre Herrschaft in weiten Gebieten Asiens und Afrikas. (Angaben zum Teil aus SOZIALISTISCHE POLITIK, Juni 1961 entnommen)

In Westafrika:

a) Angola (1 246 7oo qkm), so gross wie Frankreich, Italien, England und Deutschland zusammen): Küste von Diego Cao 1482 befahren. 1529 landen 12 Missionare, um den Schwarzen das Evangelium zu predigen. 4 63o ooo Einwohner, darunter 15o ooo Weisse und 29 ooo Mischlinge. Hauptstadt: S. Paulo de Luanda, 19o ooo Einwohner. Künftige Hauptstadt soll Nova Lisboa im Innern des Landes sein (37ooo Einwohner). Andere wichtige Städte sind Benguela, Lobito und Mocamedes. Bevölkerungsdichte: 4 Einwohner pro qkm. Sterblichkeitsrate: 2o % (BRD: 1,o8 %). Kindersterblichkeitsrate: 6o %. Wichtigste Produkte: Kaffee (45 % des Exports), Zucker, Mais, Wachs, Kakao, Tabak, Palmöl, Trockenfische, Holz und Sisal. Zuckerraffinerien, Fischkonservenfabriken. 35 ooo km Strassen und 3 ooo km Eisenbahn, die über den Hafen von Lobito einen schnelleren Abtransport der Produkte aus Katanga ermöglicht und deshalb von besonderer Bedeutung ist. In der Nähe von Luanda wurde 1955 Erdöl entdeckt. In den letzten Jahren wurden riesige Staudämme errichtet. Die Kariba-Dämme über den Zambere, der Inga-Damm über den Kongofluss und vor allem der Cambambe-Damm über den Konaura.

b) Portugiesisch Guinea (36 5oo qkm), Bevölkerung 55o ooo, davon 2 5oo Weisse und 5 ooo Mulatten. Wenig entwickelt. Hauptprodukte: Palmöl, Erdnußöl, Leder und Holz.

c) Die Kapverdischen Inseln (3 281 qkm); im 15. Jahrhundert von portugiesischen Seefahrern entdeckte Gruppe von 15 unbewohnten Inseln. Anlegung von Pflanzungen von Rohrzucker und Kaffee mit schwarzen Sklaven der afrikanischen Küste. Heute 16o ooo Einwohner, davon etwa 3ooo Weisse. Hauptprodukte: Kaffee, Mais, Zuckerrohr, Fischerei, einige Fischkonserven- und Rizinus-Fabriken.

d) Sao-Tomé und Principe (964 qkm); 147o entdeckt. Jahrhundertlang wichtigste Raubhöhle der Sklavenhändler. Die beiden Inseln haben 65 ooo Einwohner, weniger als 1 5oo Weisse. Es gibt kaum Familien von Schwarzen auf den Inseln. Zwangsverpflichtete Afrikaner aus Angola und Mozambique bilden das Proletariat auf den Kakao- und Kaffee-Plantagen.

In Ostafrika:

Mozambique (76o ooo qkm), 5 75o ooo Einwohner, davon 5o ooo Weisse und 5o ooo Asiaten oder Mulatten. Hauptstadt: Laurenco-Marques. Hauptprodukte: Kohle, Kopra, Tee, Zucker, Ölfrüchte, Sisal, Holz, Nahrungsmittelindustrie. Export von zwangsverpflichteten Negern nach Rhodesien und Südafrika.

In Asien:

Macao (15,5 qkm); Geschenk Chinas an die portugiesische Krone (1556). 4oo ooo Einwohner. Andauernder Zustrom chinesischer Flüchtlinge, die meist von dort nach Hongkong weitergehen. Vor dem Sieg der chinesischen Revolution wichtiger Umschlaghafen für Reis, Seide, Lacke und Hauptschmuggelzentrum für Opium.

Ozeanien:

Timor (18 99o qkm); nördlich von Australien. Seit 1561 von Dominikanern missioniert. 45o ooo Einwohner, davon 1 5oo Europäer. Export: Kopra, Kaffee, Chinin, Wachs, Gummi, Fischereiprodukte. Viehzucht (Büffel, Pferde, Rinder, Schweine).

K A R L K R A U S -
K U N S T A L S V E R S C H W Ö R U N G

Die Satire ist die einzig rechtmässige Form der Heimatkunst.

Walter Benjamin

I

In einer seiner letzten Vorlesungen, so wird berichtet, hat Karl Kraus, der vor 25 Jahren starb, gegen seine künftigen Apologeten sich verwahrt:

> "Ich sehe schon, dass nach wenigen Jahrzehnten bereits die Presse mich kanonisieren wird und ich blicke mit Entsetzen und Abscheu bereits jetzt in meinen Seligsprechungsprozess hinein."

Er hat recht behalten. Nur wenige stimmen in das allgemeine Lob nicht ein, und die wurden zumeist von ihm getadelt. Sie nehmen die Gelegenheit posthumer Vergeltung wahr: schelten ihn, wie Brod, einen Kriegsbarden, wie Haas, einen Sadisten. Kaum weniger dürftig aber sind die Lobsprüche Heinrich Fischers, "des Freundes", der gegen jene Invektiven "die grosse und reine Menschlichkeit des Satirikers" beruft. Davon reden auch die Journalisten. Gleichviel ob sie ihn als Künstler oder als Kritiker, als Meister oder als Diener der Sprache feiern, allemal lassen sie bei solchem Lob es bewenden und übergehen, was seine Kunst, seine Kritik, seine Sprache, denn meinte. Dabei wird das Ärgernis, das sie zu Lebzeiten totschwiegen, zur Sehenswürdigkeit.

> "Ein Dichter von ganz grossem Format, eine Persönlichkeit von Geist, Lauterkeit der Seele und Ehrlichkeit des Empfindens, ein Mensch ist Karl Kraus, wie man ihn nur selten zu finden vermag; ein Satiriker von grosser Klarheit und unübertroffenem Scharfsinn nebst viel Herzensgüte und Liebe."
>
> (Gertrude Schartner, Phil. Diss. Wien 1952)

Sätze wie dieser, am Begriff des Genies weniger als an dem des Prominenten orientiert, leben von dem Aberglauben, man müsse, will man das Zeitlose eines Schriftstellers erfassen, seine Vergängliches abstreifen. Aber sie streifen sein Besonderes ab und behalten statt der Qualität, der mißverstandenen, die blosse Quantität zurück: das grosse Format, den Tauschwert. Dergestalt um sein Eigenes gebracht, verkürzt und neutralisiert, steht die Gestalt und das Werk, entgegen ihrer Intention, bei den anderen Waren im "grossen Speicher literarischer Konsumgüter" : ein neuer Fetisch im wirklichen Museum der Kultur. Das ist der Stand der vermeintlichen Karl Kraus-Renaissance.

II

Demgegenüber wäre an sein Vergängliches zu erinnern. So vergänglich aber, wie die Verfechter von Ewigkeitswerten meinen, ist es nicht: die Gesellschaft, gegen die sein lebenslanger Fackelzug protestierte, hat trotz Hitler sich erhalten. Zeitgenössische Kritiker, zumal von der Linken, haben Kraus' Kampf gegen die Presse für Symptomkritik erklärt, und schon früh wurde ihm geraten, doch "die wirtschaftlichen Zusämmenhänge" nicht zu vergessen. Heute aber scheint es, als bestätige sich sein enigmatisches Wort:

"Viele werden einst Recht haben. Es wird aber Recht von dem Unrecht sein, das ich heute habe."

Denn als er die Volksaufklärung der Diktaturen schon der Presse seiner Zeit nachsagte, hat er, ähnlich wie Marx in der Ökonomie, eine Entwicklungstendenz registriert, die später erst offen zutage trat. Was auch immer, so meinte er, den Weltkrieg bewirkt habe, so wären die Opfer doch dazu nicht bereit gewesen, hätte die Presse sie nicht schon im Frieden zu Krüppeln gemacht.

"Nicht daß die Presse die Maschinen des Todes in Bewegung setzte - aber dass sie unser Herz ausgehöhlt hat, uns nicht mehr vorstellen zu können, wie das wäre: das ist ihre Kriegsschuld!"

Wären aber die wirtschaftlichen Zusammenhänge, von denen Harden glaubte, dass sie alles erklären, alles verzeihlich machen, ihm so transparent gewesen, wie jener es wünschte, er hätte schwerlich dem Überbau zu seinem Unrecht verhelfen können und der Ertrag der Fackel wäre geringer. Gleichwohl war seine Ideologiekritik keine der blossen Ideologie. Er ist über Kafkas Wort:

"Dieser Krieg ist aus einem entsetzlichen Mangel an Phantasie entstanden"

hihausgegangen.

"Ich weiss genau, dass es zu Zeiten notwendig ist, Absatzgebiete in Schlachtfelder zu verwandeln, damit aus diesen wieder Absatzgebiete werden",

und deutlicher noch:

"Notwendigkeiten, die sich eine im Labyrinth der Ökonomie verirrte Welt gesetzt hat, fordern ihre Blutzeugen."

Wenngleich Kraus, nach eigenem Zeugnis,

"frei von Marx, bloss mit den Mitteln und im Spiegel der Sprache und der Stimme Formen der Abirrung darzustellen"

bemüht war, so gelang es zuweilen derart, als hätte Marx ihn inspiriert. Dessen divinatorischer Satz:

"Die Produktion geht der Konsumtion voraus, das Angebot erzwingt die Nachfrage",

hat in der Fackel, lange bevor Praxis und Name des Konsumterrors aufkam, sein Gegenstück:

"Die äusserste Bejahung des Fortschritss gebietet nun längst, dass das Bedürfnis sich nach dem Angebot richte."

Dieser Fortschritt ist eins mit der Bewegung der kapitalistischen Wirtschaft. Deren Kritik, von 37 Jahrgängen der Fackel mit wechselnden Argumenten vorgebracht, erklärt zu einem Teil Kraus' endgültige Absage an die Sozialdemokratie. Sie habe "im welthistorischen Augenblick des Jahres 1918, wo sich ihr die bürgerliche Welt kniefällig zum Genickfang darbot, es vorgezogen, sich mit ihr ins Inventar von Macht und Würde zu teilen" und das Proletariat einer "Revolution auf Raten anvertraut. Nichts wöge der verlorene Krieg, hätte nicht die Sozialdemokratie den Frieden verloren!" Ihr stellt Kraus die Idee des Kommunismus entgegen. Der sei, wie das Wiener "Forum" vor einigen Jahren verriet, "wohl das allerletzte" gewesen, wovon Kraus eine Wendung zum Besseren "erwartet oder gar erwünscht" hätte. Aber er hat sie vom Kommunismus mehr erwünscht als erwartet, und was er - in jenem Briefwechsel, den das "Forum" beifällig zitiert - den Sowjets vorwarf, war nicht die radikale Revolution, sondern: daß sie nicht radikal genug waren, um zu verhindern, dass ihre Vertreter "ganz im Geiste des vorrevolutionären Journalismus" Prominenzen über die Auswirkungen und Folgen der russischen Revolution für die Weltkultur befragen. Auch hat er sich nicht gescheut, Rosa Luxemburg mit

emphatischen Worten als "das edelste Opfer" zu ehren, und aus Anlass eines höhnischen Leserbriefs zu einem Bekenntnis sich bereitgefunden, das Walter Benjamin die "stärkste bürgerliche Prosa (des Nachkriegs?)" nannte. Darin heißt es:

> "Der Kommunismus als Realität ist nur das Widerspiel ihrer eigenen lebensschänderischen Ideologie, immerhin von Gnaden eines reineren Ursprungs, ein vertracktes Gegenmittel zum reineren ideellen Zweck - der Teufel hole seine Praxis, aber Gott erhalte ihn uns als konstante Drohung über den Häuptern jener, so da Güter besitzen und alle andern zu deren Bewahrung und mit dem Trost, dass das Leben der Güter höchstes nicht sei, an die Fronten des Hungers und der vaterländischen Ehre treiben möchte".

Diese Sätze sind in der Blütenlese des Forum nicht enthalten und auch die folgenden nicht:

> "Die geistige Welt des Kommunismus - in einem kürzeren Moratorium, vor dessen Ablauf das Machtmittel den Zweck verzehren könnte - sie organisiert sich doch aus dem Gedanken jener letzten Hoffnung, den die Verzweiflung bildet, und der Mut seiner Bekenner, der volle Einsatz auf einer Barrikade, die die Sozialdemokratie vor der Stirn hat, verbindet ihn wie mit dem Tod auch mit dem Leben."

Um dieser Hoffnung willen hat Kraus dem Kommunismus mehr als den Spielarten bürgerlicher Ideologie sich verbunden gewusst, und mehr als der sowjetischen Praxis. Noch sein letztes Wort, im letzten Heft der Fackel: "dass es keine Auskunft gibt," hät in der Trauer den Wunsch fest, es möge besser werden.

III

Zu erinnern wäre auch an Kraus'Bemühen, das Verhältnis des Künstlers zur Gesellschaft seiner Zeit zu bestimmen. Das geschah nicht bloss explizit, und darum haben viele es mißverstanden. Max Brod berichtet, er und seine Freunde hätten bei Kriegsausbruch auf ein Wort des Montors gewartet:

> "Aber die 'Fackel' schwieg. Erst drei Monate nach Ausbruch des Krieges erschien ein dünnes Heftchen.... Kraus schrieb kein Wort gegen die eigentlichen Drahtzieher des Krieges ... Er wandte sich gegen Nebenerscheinungen, z.B. gegen ein sinnloses Plakat, das einen Säugling mit Gummiabsätzen an den Beinen darstellte."

Brod hat die Rede "In dieser grossen Zeit" so wenig verstanden wie das Schweigen, dem sie folgte. Es war beides: Ausdruck des Unaussprechlichen und Protest gegen jene, die im Anblick des Grauenvollen nicht verstummten. Auch 1933, als Kraus erst im Oktober vier Seiten, das schmalste Heft von allen erscheinen liess, haben wenige gewusst, was es damit auf sich hatte, und manche wissen es heute noch nicht. Brecht aber hat zu Kraus' 6o. Geburtstag, 1934, dessen Absage kommentiert:

> "Als der Beredte sich entschuldigte/dass seine Stimme versage, /
> trat das Schweigen vor den Richtertisch / nahm das Tuch vom Antlitz und /
> gab sich zu erkennen als Zeuge."

Ausserdem verrät das Schweigen des Beredten dessen Einsicht in die Grenzen der Kunst. Gewalt, so heißt es später, sei kein Objekt der Polemik, Irrsinn kein Gegenstand der Satire. Sie sind Gegenstand der Praxis. Ein praktischer Zug aber war dem Werk der Fackel schon früh eigen und hat in ihr sich entfaltet. Er ist begründet in Kraus' Auffassung von der Kunst: sie sei mitverantwortlich für Glück und Würde der Menschen, und beides könne sie in der gegenwärtigen Welt nur dann fördern, wenn sie negativ sich ihr entgegensetzt:

"Mir scheint alle Kunst nur Kunst für heute zu sein, wenn sie nicht Kunst gegen heute ist. Sie vertreibt die Zeit - sie vertreibt sie nicht! ... Kunst kann nur von der Absage kommen. Nur vom Aufschrei, nicht von der Beruhigung."

Versteht sie selber sich dergestalt als "Verschwörung", so muss sie bereit sein, notfalls in einem Medium aufzugehen, das ihren Sinn besser verwirklicht. Das ist die Praxis. Viele Prozesse, die Kraus führte, haben hier ihren Grund; auch die Zuwendung des materiellen Ertrags seiner Vorlesungen an Kinder und Kranke und der Entschluss, die "Dritte Walpurgisnacht" nicht erscheinen zu lassen. Das Schweigen steht zwischen Kunst und Praxis: es ist jene nicht mehr und diese noch nicht. Der Künstler aber soll nicht bloß ins Praktische sich wenden, wenn es um sein und anderer Leben geht; sondern er "kann" auch nicht mehr in der Kunst verbleiben. Diesen Gedanken hat Kraus bald nach dem Kriege ausgesprochen, als die Bewahrer einer Kultur, die ihn doch nicht hat verhindern können, gegen den Plan auftraten, zur Linderung des Hungers Kunstwerke gegen Getreide einzutauschen.

"Aber der Sinn der Kunst erfüllt sich erst, wenn der Sinn des Lebens nicht zur Neige geht, und Symphonien wachsen nur, wenn nicht daneben ein todwundes Leben um Erbarmen stöhnt."

Ihr Gelingen, zugleich Vorschein und Trugbild einer besseren Ordnung, wird von der schlechten gehemmt. Doppelt also wäre deren Überwindung im Kunstwerk intendiert: von der sinnvollen Organisation des Ganzen, und von deren Mißlingen. Der Satiriker hat überdies den schlechten Zustand zum Objekt, und um so mehr gilt von ihm, was Kraus von Adolf Loos sagte:

"Er bekämpft diese Welt, um sie zu dieser Welt zu machen";

zur Heimat im besseren Sinn. In diesem Willen ist begründet, was mit Recht die Grösse des Satirikers Karl Kraus heissen kann, und wenn wirklich das Gelingen des Werkes von dem der Gesellschaft bedingt ist, das es verheißt, dann ist sein Versagen, in doppelter Bedeutung, die Schuld weniger dieses einen als einer Ordnung, die nur mehr den Schrei nicht die Sprache zuließ. So hat Brecht es verstanden:

"Dem, der gewürgt wird / bleibt das Wort im Halse stecken."

Christian Wagenknecht

VOICES OF DISSENT

Amerika gilt den meisten Europäern als das Paradigma des modernen Kapitalismus, als das Modell, dem auch Europa sich immer mehr angleicht. Viele - und nicht nur die Leute von links, sondern auch konservative und reaktionäre Kreise - halten diese Entwicklung für verderblich. Allgemein haben sie sich die Kulturindustrie als Zielscheibe auserkoren, und leider sind diesem Chor auch Sozialisten beigetreten, die die Kritik an der Massenkultur von der der Gesellschaft trennen. Die einzige Form eines "NonKonformismus" in Amerika, die uns demonstriert wurde, war die der beatniks, die dennoch mit der von ihnen unreflektiert negierten Gesellschaft aufs engste verflochten bleiben.

Unbekannt ist zumeist die Geschichte der amerikanischen Linken, wenige nur wissen, dass ein sozialistischer Kandidat, Eugene V. Debs, 1912 bei den Präsidentschaftswahlen eine Million Stimmen erhielt, was die AFL (American Federation of Labor) einmal bedeutete und wie die Hoffnungen der Linken langsam zerschlagen wurden. Erinnert man sich an die Schlußüberlegungen von Joseph Buttinger anlässlich seines Vortrages "Am Beispiel Cubas" im vergangenen Jahr in Frankfurt, als er auf die Rolle der amerikanischen Intellektuellen hinwies für eine künftige Einflussnahme auf die Politik der USA, so bliebe diese Hoffnung unverständlich, wenn man nicht die Kreise kennt, auf die Buttingers Worte sich bezogen - hauptsächlich auf den Kreis um 'DISSENT Magazin'.

Der Kreis setzt sich aus Leuten mit verschiedenen Auffassungen zusammen:

> "Einige fühlten sich geistig mit der Idee des Sozialismus seit langem verbunden, einige kommen aus der sozialistischen Bewegung, andere wieder sind junge Schriftsteller und Lehrer, die - wohl radikal, aber nicht immer Sozialisten - nur den Wunsch hatten, gegen den Geist des Konformismus, der besonders nach dem 2. Weltkrieg aufgekommen war, anzugehen."

Wenn die Herausgeber von 'DISSENT Magazin' sich auch um eine theoretische Fundierung eines demokratischen Sozialismus bemühen, so soll es dennoch "keine Parteilinie für politische Themen geben". In der Hauptsache geht es ihnen um den Gedanken des Sozialismus, der nicht als Dogma betrachtet werden soll, sondern als in sich problematisch und komplex. - Die Herausgeber sind sich ihrer gesellschaftlichen Lage wohl bewusst und leiten daraus ihre Aufgabe ab:

> "Die sozialistische Bewegung in Amerika hat ihren Tiefpunkt erreicht und kann kaum als eine politische Kraft in unserem politischen oder gewerkschaftlichen Leben intervenieren. Wir hielten es deshalb für unsere Hauptaufgabe, uns mit dem Sozialismus in der Sphäre der Ideen zu beschäftigen, um demokratischen Radikalismus (i.e. Soz.) wenigstens einem Teil der amerikanischen Intellektuellen relevant erscheinen zu lassen."

Auch dieses bescheidene Ziel war nicht leicht zu erreichen, den man hatte gegen den McCarthyismus und die Auswirkungen des Kalten Krieges zu kämpfen und zugleich stand man jener berühmten 'American Celebration' gegenüber, in der sich die amerikanischen Intellektuellen mit der Wirtschaft einigten. Die meisten Intellektuellen wurden durch die fieberhafte Prosperität einer Rüstungswirtschaft enttäuscht, dass sie schliesslich glaubten, fast alle sozial-ökonomischen Probleme wären gelöst, und die Armut aus Amerika verschwunden. Aufnahmebereit für einen feinen Nachkriegschauvinismus, der während der Kalten-Krieg-Epoche blühte, verfielen sie einer politischen Selbstzufriedenheit und -gefälligkeit, oft auch der Apathie, mit deren Hilfe die traditionellen Symbole des Liberalismus für die Impulse eines Konservativismus verwandt wurden.

Das war die reale gesellschaftliche Situation, in der sich der Dissent-Kreis befand - und an der er anzusetzen hatte.

Alle Beiträge zeigen, dass sie trotz der zeitweiligen Blüte der Nachkriegsprosperität demonstrieren konnten, wie tief die Mängel der amerikanischen Gesellschaft waren, und dass sie der schärfsten und fundamentalsten Kritik offen blieben. Es kann nur kurz auf die Beiträge von Reddick (Montgomery bus boycott), auf Marquarts Analyse des Lebens der Autoarbeiter in Detroit (er weist nach, dass die amerikanischen Arbeiter in kein Stadium unqualifizierten Wohlstandes getreten sind), auf M. Steins soziologische Erhebung des neuen amerikanischen Suburbians, auf B. RosenbergsAuseinandersetzung mit den Befürwortern einer liberalen Anpassung an den Status quo hingewiesen werden. Gerade durch eine genaue Analyse der amerikanischen Gesellschaft wollte man eine sozialistische Theorie finden. Dabei stiess man dann ohne weiteres auf die Probleme des Marxismus, das, was noch an ihm signifikant war, man versuchte die Gründe zu finden für das Ausbleiben des Sozialismus als Weltbewegung, wobei man sich dann mit dem Aufkommen des Totalitarismus in Russland und China auseinanderzusetzen hatte, um nicht der Apologie des dort je Bestehenden zu verfallen.

Die Kritik, die gegen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre kulturellen und politischen Manifestationen gerichtet wurde, bestand aber nicht allein aus der Negation der Gegenwart, sondern auch aus dem zweiten Moment einer Theorie der Gesellschaft, aus der Perspektive der Zukunft, auch wenn man wusste, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Bewegung der Linken nicht günstig waren und sind. Dazu war notwendig, die sozialistischen Ideen neu zu durchdenken, die geschichtlichen Entwicklungen zu analysieren, seine Tendenz, notwendig undemokratisch auf Grund einer Partei- und Gesellschaftsstruktur zu werden, aufzuzeigen und sich der eigenen Möglichkeiten und Vorstellungen hinsichtlich einer sozialistischen Gesellschaft bewusst zu werden, in der die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen untereinander auf wirklich demokratischer Grundlage verwirklicht werden.

Daher besteht der erste Teil des Buches aus Arbeiten über sozialistische Theorien, Kollektivismus, Marxismus, Organisationsprobleme, politische Ökonomie (besonders sei auf B. Seligmans Kritik der ökonomischen Theorie von Keynes hingewiesen). - Der zweite Teil beschäftigt sich mit kritischen Analysen des amerikanischen Lebens: Kritik an den amerikanischen Liberalen, an führenden Soziologen wie T. Parsons (B. Rosenberg weist nach, wie eine fehlende Theorie der Gesamtgesellschaft zu Vorstellungen und Vorschlägen für Lösungen bestimmter gesellschaftlicher Probleme führt, die das Übel nicht an der Wurzel fassen können, sondern dieses nur perpetuieren helfen), soziologischeAnaylsen der Gewerkschaften, der sozialen Lage der Arbeiter, von Suburbia, Kritik an der amerikanischen Ge - schichtsschreibung (W. Neumann beweist anhand von zahlreichen historischen Standardwerken, dass führende amerikanische Historiker die jüngste Geschichte von 1900 - 1950 unter dem Aspekt und Vorzeichen des Kalten Krieges revidieren und neu konzipieren mit entsprechender Akzentsetzung: Affirmation des Bestehenden und Entfernung der Kritik am Big Business). - Im 3. Teil sind politologische Arbeiten zusammengefasst: Analyse des XX. Parteitages und der Entwicklung der Stalinkritik. Darstellung der wirtschaftlichen Probleme Asiens und deren Einwirkung auf seine demokratische Entwicklung, eine kritische Untersuchung des afrikanischen Nationalismus und seiner soziologischen Problematik und schliesslich eine Analyse des israelischen Kibbutz.

Der vierte Teil bringt die Auseinandersetzung zwischen Herbert Marcuse, dessen letzter Teil seines Buches "Eros und Kultur" hier wiedergegeben ist, und Erich Fromm, der auf die Angriffe Marcuses antwortet. Marcuse versucht,die gesellschaftlichen Einwirkungen auf den Freudschen Revisionismus nachzuweisen, der seiner Meinung nach die radikalen Einsichten Freuds unschädlich macht, indem er das Hauptaugenmerk von der frühen Kindheit auf die totale Persönlichkeit des Erwachsenen lenkt und so die idealistische Vorstellung auf Besserung des Menschen von innen heraus ermöglicht, trotz einer Gesellschaft der totalen Entfremdung und demnach nur zur Anpassung führt. Fromm versucht diesen Vorwurf einzuschränken,

indem er darauf hinweist, dass schon der Versuch, eine Konzeption von Glück, Liebe etc. zu erarbeiten, und sich darüber klar zu werden, warum diese nicht in einer kapitalistischen Gesellschaft verwirklicht werden können, dass schon eine solche Analyse Kritik sei, und dass der Versuch, diese auch auszuüben, schon ein Akt der Rebellion sei (p. 32o).

Vom fünften und letzten Teil sei besonders hingewiesen auf die Arbeiten von C. Wright Mills (On Knowledge and Power), Günther Anders (Reflections on the H-Bomb) und Richard Lowenthal (Our Peculiar Hell); er beschäftigt sich mit dem Problem des Totalitarismus und seinen verschiedenen Aspekten,und warum die moderne Industriegesellschaft dafür anfällig ist. Er sieht den Grund dafür im schnellen, unvorhersehbaren sozialen Wandel, besonders in einer unkontrollierten irrationalen Wirtschaft).

Mehr als ein Hinweis kann hier nicht gegeben werden. Es ist wichtig zur eigenen Gewinnung kritischer Theorien sich mit den theoretischen Artikeln dieser amerikanischen Linken zu beschäftigen, bei denen offenbar wird, dass das unreflektierte Verhältnis von Idee und Realität zu überwinden ist, das zu einem blinden Optimismus führt, weil die vorausgesetzte Grundbedingung der Verwirklichung nicht problematisch wird.

Hannes Friedrich

Anmerkung der Redaktion:

DISSENT, A Quarterly of Socialist Opinion.
Redaktion: Dissent Publishing Association, 5o9 Fifth Avenue, New York 17, N.Y.

Bestellungen an: Eastern News Co., 3o6 West 11th Street, New York City. - Jahresabonnement für Studenten $ 2.5o zuzüglich Porto -

VOICES OF DISSENT, A COLLECTION OF ARTICLES OF DISSENT MAGAZIN, zu beziehen über: Barney Rosset at Grove Press, Inc., 64 University Place, New York 3, N.Y.

H Y M N E A N D E N "N E U E N K U R S"

Früher war es manchmal zum Beispiel
unangenehm,
wenn man es miterlebte,
wie sich Bekannte mit
Genosse ansprachen.

Heute
gibt es keine Proletarier mehr,
die das nötig haben. Wir
sind alle nicht mehr proletarisch, weshalb wir auch
den alten Ballast nicht mehr brauchen.

Aber
nicht nur hat sich die SPD dieser Entwicklung
angepaßt, sie hat auch sonst
in ihren neuen Köpfen
Führer gefunden, wie den energischen Herbert
Wehner,
die den "Dreißig-Prozent-Turm" überwunden haben und
die auch in den eigenen Reihen entschieden
durchgegriffen haben.

So bietet
die S P D heute
wirklich das Bild einer entschlossenen
Bewegung.

Harald Berger

Den Wortlaut der Hymne entnahmen wir einem Leserbrief des Herrn Berger der am 9.12.1961 in der FR erschien

neue kritik wird herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes für mitglieder, förderer und freunde des sds

redaktion: siegfried blasche, peter brokmeier, hellmut lessing, manfred liebel (verantwortlich), jürgen schaltenbrand, unter mitarbeit des arbeitskreises "neue kritik"
Anschrift: frankfurt/main, robert mayerstraße 18/VI (liebel)

schutzgebühr für das einzelheft 1.-dm (einschließlich porto)
jahres-abonnement: 7 ausgaben; bezug durch die redaktion

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion

erscheinungsort: frankfurt am main; postsch.-kto.; ffm 31607(sds)